

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Vorant

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

G 10321 E

1,- DM

Nr. 177 Februar 1996

Viermillionen Gründer für Gegenwehr



„Unser aller Vorstellungskraft reicht nicht aus, uns auszumalen, was uns in diesem Land auf dem Arbeitsmarkt und bei den Sozialbeiträgen noch bevorstehen wird.“ Diese Drohung stieß der neue Chef des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Werner Stumpfe, in einem SPIEGEL-Interview aus. Wenn die Gewerkschaften, besonders die IG Metall, nicht nach den Vorstellungen der Unternehmer parieren, „werden wir unter Umständen acht Millionen Arbeitslose haben.“

Torsten Sing, IG-Metall-Mitglied, Siegen

Vielen Dank für die Warnung. Aber wir haben schon heute die Nase voll. Trotz „Aufschwung“ stieg die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr in Westdeutschland um weitere 200 000 an. In Ostdeutschland sucht jeder Vierte nach einem regulären Job. Die 4-Millionen-Schallgrenze ist jetzt auch offiziell erreicht. Wenn es bei der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit mit rechten Dingen zuzuge, schon lange.

Den Arbeitslosen wurden zum Dank für langjähriges Warten auf Vermittlung die Arbeitslosenhilfe gekürzt, die Bezugsdauer für Mithinzüger eingeschränkt. Der Sozialhilfesatz wurde mit der Koppelung an die rückläufigen Reallohn kommen faktisch gesenkt.

Es ist nicht nur das sogenannte „untere Drittel“, das immer ärmer wird. Nach Angaben des DGB waren die noch arbeitenden Menschen 1995 mit Einkommensverlusten um 1,5 Prozent konfrontiert.

Derweil wird das Leben teurer: Sozialversicherungsbeiträge, Telefongebühren und kom-

munale Abgaben steigen auf Rekordhöhen.

Sozialer Kahlschlag

Fast wöchentlich untertreten Unternehmensverbände und Politiker neue Vorschläge für ihren Generalangriff auf den Sozialstaat: Kranken soll die Lohnfortzahlung eingeschränkt werden, Kuratenthafte sollen auf den Urlaub angerechnet und die Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen weiter ausgedehnt werden.

Wenn es nach den Wünschen der Metallarbeitgeber läuft, sollen weitere vier Jahre Lohnverzicht geübt, der tariflich geregelte Lohn untergraben und künftig maßgeblich vom Unternehmensergebnis abhängig gemacht werden.

Vorratshändler, die über Sozialplan ausscheiden, soll es künftig nicht mehr geben. Wer künftig mit 60 Jahren wegen Arbeitslosigkeit in Rente geht, soll nach Plänen von Arbeitslosensminister Blüm 11 Prozent weniger Rente bekommen, und das betrifft immerhin 40 Prozent aller Neurentner. Eine Teilrente soll es frühestens ab 58 Jahren geben, verbunden mit weiteren Kürzungen. Und es soll keinen Bestandsschutz für diejenigen geben, die nach dem bisherigen Recht Sozialplan-Regelungen mit Aussicht auf Frührente akzeptiert haben.

Arme Konzertherrn?

Obwohl die westdeutschen Industriekonzerne 1994 satte 400 Milliarden DM Gewinn eingesackt haben, sollen ihnen noch die Gewerbesteuer- und betriebliche Vermögenssteuern in den Rachen geworfen werden. Klar, daß bei solchen Aussichten das Stimmungsbarmometer an der Börse ständig steigt.

Die IG Chemie vereinbarte bereits 1994 das, was die IG Metall Vorsitzender Zwickel als Angebot für sein „Bündnis für Arbeit“ an die Unternehmer richtet: Lohnverzicht und unfertigliche Bezahlung für Langzeitarbeitslose. Geholten hat es nichts. Obwohl die Chemiesen Hoechst, Bayer und BASF ihre Profite zum Teil um 100 Prozent steigern und die Aktionäre auf fette Dividende hoffen können, bauen sie trotzdem tausende Stellen ab.

Wir haben in diesem besten aller denkbaren Wirtschaftssysteme die Wahl zwischen Pest oder Cholera: entweder 8 Millionen Arbeitslose oder alle sozialen Errungenschaften hergeben. Am besten vielleicht gleich beides. Wenn sich dieses System keine halbwegs anständige Existenzsicherung mehr leisten kann, dann können wir uns dieses System nicht mehr leisten.

Es ist höchste Zeit für Gegenwehr. In Frankreich wurde vorgemacht, wie diese aussehen kann: eine breite Massenbewegung gegen die Räuber in Politik und Vorstandsetzeln, die sich selbst immer unverschämter bedienen und von uns noch das letzte Hemd haben wollen. Immer breitere Schichten der Bevölkerung sind von den Attacken der Herrschenden betroffen, egal ob Schüler, Studenten, Arbeitende, Arbeitslose oder Rentner. Doch keine Partei und immer weniger die Gewerkschaften kämpfen entschlossen für unsere Interessen. Was wir brauchen, ist nicht ein „Bündnis für Arbeit“, das erkämpfte tarifliche Rechte für blauen Dunst hergibt, sondern eins, das den gemeinsamen Kampf aller Betroffenen gegen die Allianz von Kapital und Regierung organisiert. Es ist deshalb höchste Zeit, aktiv zu werden.

„Bündnis für Arbeit“ – der falsche Ansatz

Seiten 6 und 7

Telekom-Privatisierung

Den Profitхайnen zum Fraß vorgeworfen

Die Telekom soll dieses Jahr in Form von Aktien an der Börse privatisiert werden. Ab 1996 wird der Telekommunikationsmarkt geöffnet. Mehrere große Strom- und Mischkonzernen (RWE, VEW, Vag, Thyssen, Mannesmann, VEBa, die amerikanische Gesellschaft AT & T) werden mit eigenen Netzen als Anbieter aufgerufen.

Ulf Petersen, Köln

Warum machen die das?

1. Weil der Telekommunikationsmarkt ein Wachstumsmarkt mit riesigen Profitmöglichkeiten ist.
2. Weil diese Konzerne zig Milliarden Mark an Rücklagen haben, die nach gewinnträchtigen Anlagemöglichkeiten suchen.

3. Weil das Telefonnetz der Telekom längst finanziert und damit profitabel ist.

Was sind die Folgen?

1. Stärkere Auspressung der im Telekbereich beschäftigten Arbeitnehmer. Bis 2000 sollen bei der Telekom 60 000 von 230 000 Arbeitsplätzen abgebaut werden. Für die restlichen Beschäftigten wird der Arbeitsdruck massiv erhöht.
Beispiel USA: Dort wurde der Monopolkonzern AT & T 1984 aufgekauft und der Markt freigegeben. Seitdem wurden bei AT & T 140 000 Arbeitsplätze abgebaut. Die in den Privatisierungsgesellschaften geschaffenen Arbeitsplätze sind zum großen Teil befristet oder Teilzeittellen. Die Gewerkschaften wurden herausgedrängt.

2. Weiterhin hohe Gebühren für Ortsgespräche. Nach ei-

nem OECD-Vergleich von 1994 sind die Ortsgesprächsgebühren nur in Japan, den Niederlanden und Schweden billiger als die alten Ortsgesprächsgebühren in Deutschland. In den USA und Großbritannien sind sie trotz Privatisierung höher. Dort ist der Telefonmarkt privatisiert (Spiegel 2/96).

„Wenn 1998 das Monopol der Telekom fällt, werden sich die neuen Wettbewerber ... aber ausgerechnet auf den lukrativen Markt der Weitverbindungen stützen und den bisherigen Staatsbetrieb mit Billig-Angeboten unterbieten. An der aufwendigen Vernetzung der Privatkunden in den Städten haben die Herausforderer hingegen kein Interesse.“ (Frankfurter Rundschau, 6. 1. 1996).

Außerdem müssen wir schließlich die gesiegenen Kosten für Werbung bezahlen 80 Millionen DM allein bei der jetzigen Tarifreform.

Und wenn es irgendwann vielleicht doch günstiger wird?

Als Verbraucher beim Telefonieren mag man etwas Geld sparen. Aber der Angriff auf die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen der Telekom-Beschäftigten ist ein Angriff auf alle Arbeitnehmer, denn alle haben es dann noch schwerer, vernünftige Jobs zu finden.

Darum sollte jeder Arbeitnehmer sich grundsätzlich gegen Privatisierung stellen und mit den Beschäftigten solidarisch sein.

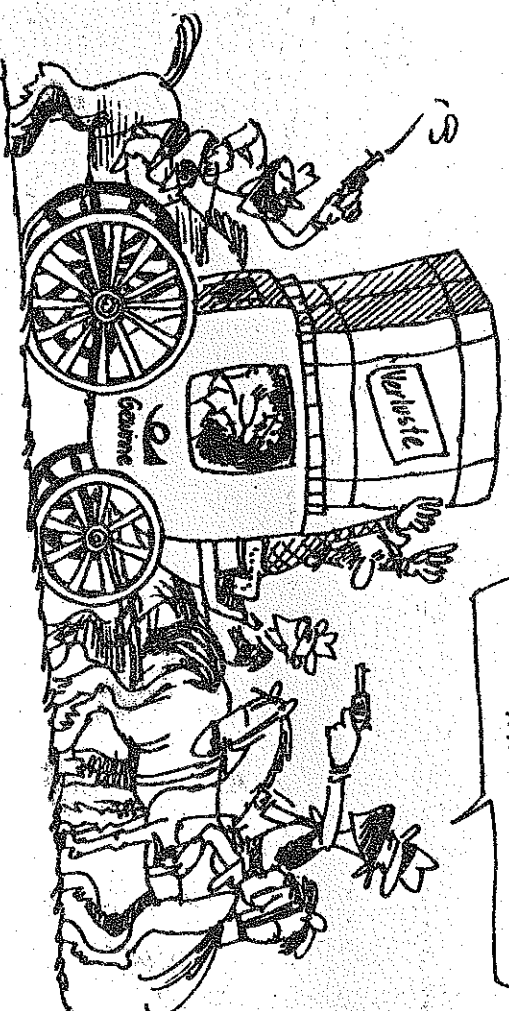
Ist Privatisierung also grundsätzlich schlecht?

Ja. Privatisierung ist die Verschleuderung von profitträchtigen öffentlichen Unternehmen an Privatunternehmer, verbun-

den mit einem Frontalangriff auf die Beschäftigten.

Der Grund: Die Marktwirtschaft ist in einer tiefen Krise. Produktive Investitionen bringen keinen Profit, die Reichen wissen nicht wohin mit ihrem vieltem Geld. Da locken Staatsunternehmen als lohnende Baute.

Beute? Ja, denn Privatisierung ist Diebstahl an der arbeitenden Bevölkerung! Die Telekom zum Beispiel ist eigentlich Eigentum der Telekomkunden, die das Telefonnetz mit jahrzehntelanger Gebührensammlung aufgebaut haben. Die gewaltigen Kriegskassen der in den



Markt einsteigenden Großkonzernne haben die einfachen Stromkunden und die Beschäftigten mit ihrer Arbeitskraft aufgefüllt.
Was wir fast vergessen hätten:

Teilungsplan für Bosnien

Der Balkan nach dem Dayton-Abkommen

Nach vier Jahren Blutvergießen, Massenvertreibungen und dem Tod Hunderttausender Unschuldiger gibt es nun offiziell „Frieden“ auf dem Balkan. Als Sozialistinnen begrüßen wir jeden Tag, der ohne Kriegsgelächte und Todesopfer vergeht und leichterung mit der Bevölkerung in ganz Ex-Jugoslawien. Aber wir schaffen nicht unseren Verstand - und nicht unser Gedächtnis aus, wenn wir sehen, wie dieselben Leute jetzt den Frieden zelebrieren, die für den Krieg verantwortlich waren.

Vlado Batic, Köln

Es waren Tudjman, Milosevic und Izetbegovic, die diesen Krieg geführt haben. Alle drei sind verantwortlich für das vierjährige Leiden der Bevölkerung auf dem Balkan. Und es sind diejenigen, die sich den Friedensschluß auf ihre Fahne schreiben wollen, die Clintons, Kinkids und Majors, die obensowas politisch verantwortlich sind für das größte Blutvergießen in Europa nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Bill Clinton hat sein Ziel erreicht: vor den kommenden Präsidentschaftswahlen kann er einen außenpolitischen „Erfolg“ vorweisen. Es ist tatsächlich nur ein Erfolg für die Clinton-Administration, für den westlichen Imperialismus und die Kriegstreiber auf dem Balkan, die weiter auch die Macht haben bleiben. Nicht aber für die Völker Bosniens, Kroatiens und Rest-Jugoslawiens.

Teilung

Der Frieden von Dayton gibt vor, die staatliche Einheit Bosnien-Herzegowinas erhalten zu haben. Das Gegenteil ist der Fall. Faktisch wurde Bosnien-Herzegowina in einen serbischen Teil und in einen Teil der muslimisch-kroatischen Föderation aufgeteilt. Diese werden zu Satellitengebieten Kroatiens und Serbiens werden.

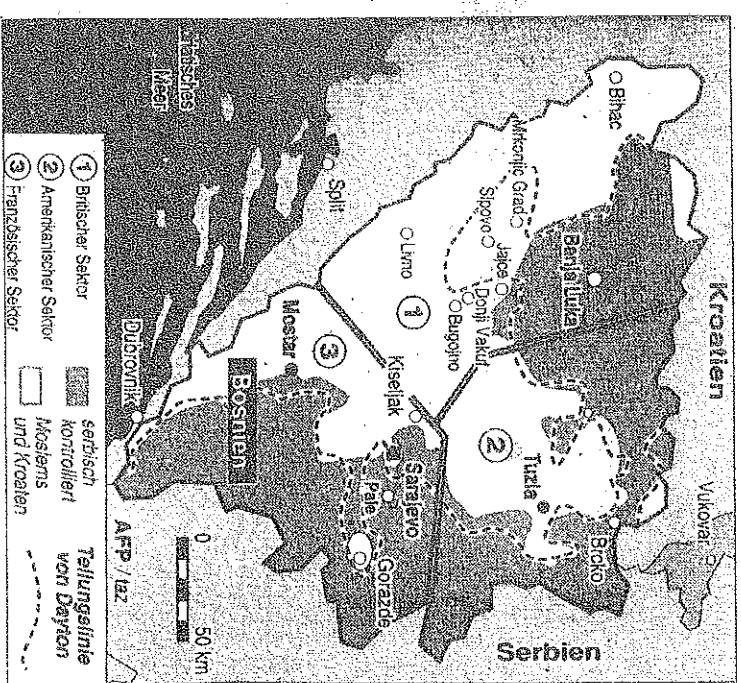
Wahrscheinlich wird der Daytoner Friedensschluß als erster Schritt zur staatlichen Aufteilung Bosnien-Herzegowinas in die Geschichte eingehen. Aber auch unter den aktuellen Bedingungen des Frie-

Die unprofitablen Bereiche bleiben beim Staat und werden von den Steuerzahlern getragen.
Beispiel Post: Ausgangspunkt war die „Postreform“ von 1989. Damals wurde die Auf-

teilung der Post in Telekom, Postdienst und Postbank beschlossen. Der Postdienst, also vor allem der private Brief und Pakettransport, bleibt staatlich. Der gewinnträchtige Telekombereich wird privatisiert.

Durchsetzung der westlichen Interessen sichern. Diese Gelegenheit ließ sich das vereinigte Deutschland nicht entgehen und schickte Truppen in das Land, das schon von Nazitruppen besetzt war und wie kann ein anderes unter dem Terror Hitler-Deutschlands zu leiden hatte.
Was Hitler nicht geschafft hat, weil er auf den Widerstand der kommunistischen Partisanen

Kriegshandlungen, wie man den Friedensschluß besser nennen sollte, können auch den Weg freimachen zum Wiederaufbau der Arbeiterbewegung auf dem Balkan. Der Krieg diente den nationalistischen Machthabern in den letzten Jahren dazu, die Opposition der Bevölkerung gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut zu bremsen. Wie schwach die Basis selbst des siegreichen



stieß, scheint nun zu gelingen. Der Großteil des Balkans - Slowenien, Kroaten und ein Teil Bosnien-Herzegowinas - ist ökonomisch wie politisch abhängig vom Westen. Die Politik, die in Zagreb gemacht wird, wird in Washington und Bonn sanktioniert. Es werden deutsche und amerikanische Firmen sein, die am Wiederaufbau des Landes und an der Einführung der Marktwirtschaft verdienen.

Kriegsführers Tudjman ist, zeigte sich bei den Wahlen in Kroatien im Oktober. Dort siegte er zwar, aber vor allem in den Städten, wo die Arbeiterklasse weiterhin konzentriert ist, mußte er einen deutlichen Denkzettel einstecken.

Arbeiterbewegung

Ob diese Besetzung tatsächlich in einem Jahr, wie geplant, beendet wird, wird sich erst dann herausstellen. Ein Szenario wie in Nordland ist möglich, in dem die NATO-Truppen immer mehr in die kommenden Auseinandersetzungen, die vielfach terroristischen Charakter annehmen werden, hineingezogen werden und ein Abzug immer schwieriger wird.
Aber die Beendigung der

Im Kampf der Arbeiterinnen und der Jugendlichen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien/Montenegro für Arbeit, Lohn und eine Lebensperspektive liegt die Chance, die nationale und die Völker des Balkan in einer freiwilligen, sozialistischen Föderation wieder zusammenzuschließen. Dies ist der einzig mögliche Weg, wirklich dauerhaften Frieden und eine wirkliche Zukunft für die Balkanvölker zu erreichen.

Widerstand gegen Telekom-Tarife

Sowohl als Manager als auch als Bürger und Mensch bin ich entsetzt über das Ausmaß der Verdienste und zum Teil physischen Gewalt, die von einigen Medien geschrien und angekündigt worden ist. Beklagt sich Telekom-Chef Ron Sommer sein Jahresgehalt liegt bei 12 Millionen DM im Jahr.

Er hat offenbar die Gebühren verloren, denn über 80 Prozent der neuen Tarife, in Berlin hat die Parlerin Helga Fritsch eine Demonstration gegen die Gebührenerhöhung mit 4000 Teilnehmern organisiert. Vor 20 Jahren hatte die 61stellige schon einmal einen Massenprotest organisiert, in nur vier Wochen wurden 606 000 Unterschriften gesammelt. Daraufhin wurde die Einführung des Vier-Minuten-Zeitblocks statt acht Minuten) zurückgezogen.

In Italien wurde Mitte Januar eine ähnliche Demonstration organisiert. In Deutschland nach massiven Protesten der Gewerkschaft ist in weniger Tagen wieder zurückgezogen. Im Sommer 1988 wurde ein Streik der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gegen Privatisierung und möglicherweise gegen die Folgen der Privatisierung durchgeführt. Das wäre die Gelegenheit, um in die Offensive gegen Stellenabbau und Privatisierung zu gehen. Nötig ist:

• Gemeinsame Gegenwehr vor Beschäftigten und Verbrauchern

• Rücknahme der Gebührenerhöhung, Wiederentrichtung des Acht-Minuten-Taktes für Ortsgespräche

• Stopp von Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung

• Stopp der Privatisierung

• Stopp der Privatisierung

• Stopp der Privatisierung

• Stopp der Privatisierung

Ladenschluss



Streiks in Berlin: Die HBV muß die Kampfberettschaft nutzen

Im Zuge der fortschreitenden Flexibilisierungs-Offensive von Unternehmen und Regierung sollen nun endlich auch die „Fesseln“ des Ladenschlusses fallen. Dahinter steckt keine vermeintliche Verbraucherfreundlichkeit.

Vielmehr sollen sich Einzelhandel und Dienstleistungsbereich den neuen Arbeitszeitmodellen der Industrie anpassen und damit die Voraussetzungen für weitere Flexibilisierungsmaßnahmen schaffen.

Sandra Umlau, HBV-Mitglied, Stuttgart

Das ifo-Institut hat im Auftrag des Wirtschaftsministeriums eine Untersuchung durchgeführt. 65 Prozent der Verbraucher sind mit den jetzigen Ladenöffnungszeiten zufrieden, knapp 60 Prozent der Einzelhandelsbetriebe wollen eine Beibehaltung der bisherigen Regelung. Dennoch kommen Reword und ifo zu dem Ergebnis, daß der „alte Zopf“ Ladenschluss endgültig abzuschneiden ist.

Wahrscheinlicher ist jedoch eine Kahrtraur, die bereits mit dem langen Donnerstag angefangen hat und mit der Abschaffung des freien Sonntagsenden wird. So hat die SPD-Länderregierung in NRW der Citibank bereits eine Genehmigung für Sonntagsarbeit erteilt. Die Änderung des Ladenschlussgesetzes soll noch dieses Frühjahr beschlossen werden. Demnach sind Öffnungszeiten möglich von Montag bis Donnerstag bis 20 Uhr, samstags bis 16 Uhr.

Außerdem sollen in einzelnen Bundesländern am Samstag die Läden regulärlig bis 18 Uhr öffnen können. Das ifo-Institut verspricht eine Umsatzsteigerung von 20 Milliarden sowie

Jetzt ist aber Feierabend!

50 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die Erfahrung mit dem langen Donnerstag hat gezeigt, daß das nur leere Versprechungen sein können. Tatsache ist, daß der Umsatz im Einzelhandel von der vorhandenen Kaufkraft abhängt – und die ist in den vergangenen Jahren alles andere als gestiegen. Somit ist allenfalls eine Umsatzverlagerung zu erwarten, nicht aber eine Steigerung.

Tatsache ist, daß der Umsatz im Einzelhandel von der vor-handenen Kaufkraft abhängt – und die ist in den vergangenen Jahren alles andere als gestiegen.

Arbeitsplatz-Märchen
Auch das Arbeitsplatz-Argument zieht nicht: Inhaber kleiner und mittlerer Läden, die durch den Verdängungs-wettbewerb der großen Ketten wie Metro, REWE oder Tengelmann ohnehin existenzgefährdet sind, müssen, um zu überleben, Personal abbauen und sich selbst hinter die Theke stellen. So sind seit 1992 weit über 100 000 Vollzeitarbeitsplätze

in Westdeutschland abgebaut worden. Eine Änderung der Ladenschlusszeiten hat aber auch Nachteile für die Verbraucher. Durch die Verdrängung kleiner, wohngebietsnaher Läden verschlechtern sich Angebot und Versorgung.

weniger, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, keine soziale Absicherung und keinen Kündigungsschutz. Schließlich führt die Verlängerung des Ladenschlusses zur weiteren Verschiebung der Arbeitszeit in die Abendstunden. Beruf, Freizeit und soziale Kontakte unter einem Hut zu bringen, wird für die Beschäftigten dann noch schwieriger. Hier stehen vor allem berufsstarke Frauen unter einem starken Druck.

Das Arbeitsplatz-Argument wird von Arbeitgebern und Politikern immer wieder so ausgelegt, daß bei flexibleren Öffnungszeiten Frauen mit Familien endlich auch einen Teilzeitjob finden können. Es ist diskriminierend und zynisch, wie die Notituation von Frauen, die mangels Kinderbetreuung nur abends und am Wochenende arbeiten können, als ihr eigener Wunsch ausgegeben wird. Fazit: Die Verlängerung des Ladenschlusses bringt keine Vorteile für die Verbraucher, nur Nachteile für die Beschäftigten.

Die HBV (und auch die DAG) haben unterschiedenen Widerstand angekündigt. Wir müssen dafür sorgen, daß den Worten auch Taten folgen: Proteststreiks und ein Marsch auf Bonn – am besten zusammen mit allen anderen Gewerkschaften.

Wut nimmt zu

Chemie-Tarifvertrag ist 1996 vorerläufig

Nach den Beratungen in den Betrieben beginnen im Februar die Tarifverhandlungen für die 630 000 Arbeitnehmern der Chemischen Industrie Westdeutschlands. Das Ergebnis dieser Tarifrunde könnte auch für andere Branchen richtungweisend sein.

Sigi Battenmüller, IG Chemie-Vertrauensmann, Freilburg

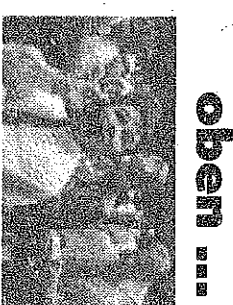
Die Tarifkommission der IG

Chemie wird auf Empfehlung des Hauptvorstandes wie im letzten Jahr wieder eine prozentige Gehaltserhöhung und sogenannte „beschäftigungssichernde Maßnahmen“ fordern. Hinter der Forderung nach Beschäftigungssicherung stehen sich Zugeständnisse der Gewerkschaftsleitung: Bereits 1994 waren die Unternehmer der „Forderung“ nach niedrigeren Einstiegsraten für Berufsanfänger und Langzeitarbeitslosen gern nachgekommen und

hatten deshalb aber keinen einzigen Arbeitsplatz neu geschaffen, im Gegenteil.

Die Unternehmer wollen auf keinen Fall mehr als 3 Prozent Lohnerhöhung bezahlen. Pilotbezirk wird dieses Jahr Rheinland-Pfalz und damit vor allem die BASF sein, die allein die Hälfte des Bezirkes ausmacht. Sollten die Unternehmer hart bleiben, wird die Gewerkschaftsleitung wie im letzten Jahr zu einer bundesweiten Mobilisierung, diesmal in der

Ihr da oben ...



Bayern übt

In Bayern gibt es seit dem 1. Oktober 1995 das weitestgehende Gesetz zur kommunalen Mitwirkung der Bürger, das gegen den Widerstand der regierenden CSU per Volksentscheid durchgesetzt wurde – die erste politische Niederlage der CSU seit 1958. Die Regierenden wußten, wann sie dagegen waren. Derzeit laufen 28 Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren in den verschiedensten Kommunen: gegen Umgehungsstraßen, für verkehrsberuhigte Alstädte, gegen Prestigeprojekte sowie gegen die Schließung von Krankenhausstationen und Schulen. Auch für die Rücknahme von Privatstiftungen machen Bürger mobil. In Coburg soll ein Krankenhaus wieder in kommunales Eigentum überführt werden, in Bayreuth eine Müllverwertungsanlage.

Bühende Spekulation

Der tägliche Devisenumsatz an der internationalen Märkten ist zum ersten Mal höher als die Devisenrücklagen aller Zentralbanken zusammen. Dies geht aus dem letzten Bericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Genf hervor. Die gemeinsamen Devisenreserven der Zentralbanken lagen Ende 94 bei 1,1 Billionen Dollar (1 Billion = 1000 Milliarden), die Tagesumsätze der Devisenmärkte dagegen bei 1,23 Billionen Dollar. (Stichtzeitraum April 95), sie haben sich damit seit 1989 verdoppelt.

Außerdem übersteigt der Devisenhandel den Wert der international ausgetauschten Güter und Dienstleistungen um das 50fache. 1993 lagen die internationalen Umsätze von Waren, Dienstleistungen und Transferzahlungen bei 5,8 Billionen Dollar. Dies entsprach 23,3 Milliarden Dollar täglich, was mit 1,9 Prozent nur ein Bruchteil der täglichen Devisenumsätze sind. (Handelsblatt, 2. 1. 96)

Arme Reiche

Bei einer erneuten Durchsichtung in der Frankfurter Zentrale der Dresdner Bank fanden die Steuerfahnder weiteres Material über Steuerfluchtlinge. Bei nunmehr über 8000 Kunden allein dieser einen Bank besteht der dringende Verdacht, daß sie ihr Geld Anfang der 90er Jahre nach Luxemburg geschafft haben, um der Zinsschlagsteuer zu entgehen. Laut Steuerbehörden geht es um hunderte von Millionen entgangener Steuernahmen.

Aber bei den Reichen ist ja bekanntlich nichts zu holen. Wie meine neulich ein Kabarettist: „Nehmen Sie mal tausend Reich den je 10 DM weg. Das bringt doch nichts. Aber wenn man von 10 Millionen Leuten je hundert Mark nimmt, das lohnt sich.“ (Spiegel 4/96)

Altlasten-Entsorgung

Werner Münch (CDU), ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (Wesport), ist nach wie vor erfolgreich bei der eigenen Versorgung. Vor zwei Jahren mußte er als Ministerpräsident zurücktreten, weil die Landesregierung in zahlreiche Skandale verwickelt war. Zuletzt stolperte er über die sogenannte „Gehälteraffäre“, bei der er sich selbst und fünf anderen Ministern die Gehälter um 900 000 DM aufstockte. Jetzt soll er im Auftrag der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) nach Uruguay und an einem Projekt als „technischer Berater“ mitarbeiten, das von Bonn mit 2,5 Millionen DM gefördert wird. Sein Jahresgehalt: 200 000 DM, steuerfrei. (faz, 4. 1. 96)

Erbglück

Wie heißt es so nett: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Mal sehen, ob das Sprichwort stimmt. Das nun niederländischen Elektrokonzern Philips zählende Traditionsunternehmen Grundig steckt angeblich in argen Finanznöten und soll ähnlich der AEG zerstückelt und verkauft werden. Während tausende Arbeitnehmer um ihren Job bangen, lassen sich die Grundig-Erben die gute Laune nicht verderben. Wieso auch, haben sie doch eine Garantie-Dividende von jährlich 50 Millionen DM ohne einen Fingerkrumm zu machen. Bis zum Ende der Vertragszeit im Jahr 2004 sind das schlappe 400 Millionen DM. Fazit: Das Sprichwort stimmt nicht! (Wirtschaftswoche 1/96)



... wir hier unten

Betrieben sehen sich trotz der ebenfalls enormen Produktivitätssteigerung massiven Angriffen des Kapitals gegenüber, gegen die wegen der nachgeliebigen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie nur schwer anzukommen ist. In einigen Betrieben wurde „danke“ der Öffnungsklauseln und der Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie sogar das Weihnachtsgeld gestrichen und fast überall wird Personalabbau betrieben.

Hinzu kommen die immer weiter steigenden Abgaben und Gebühren. Die Wut auch von unorganisierten oder nicht aktiven Kolleginnen nimmt deshalb seit Monaten enorm zu.

„The Rise of MILITANT“

von Peter Taaffe



Dieses Buch ist der erste authentische Bericht über den Aufstieg von Militant Labour, der britischen Schwesterorganisation der SAV, von einer kleinen marxistischen Gruppe zum bedeutenden politischen Faktor in der britischen Politik.

Beim Aufbau des linken Flügel der Labour Party in den 70ern und frühen 80ern, beim Kampf der Stadt Liverpool gegen die Thatcher-Regierung, bei der Anti-Kopfs-

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland

Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten

- ★ 1500 DM Mindestlohn bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilistenstellen

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörerlicher Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

teuer-Bewegung, die Thatcher schließlich zu Fall brachte, spielte Militant Labour eine zentrale Rolle.

Der Autor Peter Taaffe, Mitbegründer und heutiger Generalsekretär, gibt einen Überblick über die politischen Ideen, die parlamentarische Arbeit marxistischer Abgeordneter, die Arbeit in Gewerkschaften und Massenbewegungen sowie den Aufbau von Militant Labour, mit interessanten Lehren für Sozialistinnen. Das Buch erzählt gleichzeitig die Geschichte der britischen Arbeiterbewegung von den 60er Jahren bis heute, von der Militant ein Teil ist.

Taschenbuch, englisch, 500 Seiten, 20 DM - Bezug über die Redaktion VORAN

1500 gegen Sozialabbau

Rostock

Auf Initiative der SAV demonstrierten 1500 Arbeiterinnen, Arbeitslose, Jugendliche und Rentner gegen den Rostocker Kürzungsaustausch.

Christine, Rostock

Anfangen haben wir mit einer Unterschriftensammlung gegen die Schließungen von Kitas und die Entlassungen von Erzieherinnen. Der Zuspruch bei unseren Info-Ständen war sehr groß, viele brachten ihren Unmut über den allgemeinen Sozialabbau zum Ausdruck. Somit erweiterten wir unsere Kampagne kurzfristig in eine Kampagne gegen Sozialabbau - anknüpfend an den Rostocker Sparhaushalt 96.

Höhepunkt war am 24. Januar die Demonstration unter dem

Ein Viertel Frauen-Nachttaxi

Eine Kampagne von Jugendoffensive/Jugend gegen Rassismus in Europa und SAV hat einen Teilerfolg erbracht: In Stuttgart werden nächtliche Taxi-Fahrten von Frauen jetzt mit 5 DM bezuschusst.

Tinecke und Andrea, Stuttgart

Ab Mitte Januar bekommen Frauen in Stuttgart 5 DM Zuschuss, wenn sie abends von der Straßbahnhaltestelle aus mit dem Taxi fahren. Diese Idee kam natürlich nicht vom Gemeinderat oder der Straßenbahngesellschaft (SSB). Jugend gegen Rassismus

JRE stellte die Forderung nach einem kostenlosen Frauen-Nachttaxi auf. Während des letzten Jahres hatten wir die Idee durch verschiedene Aktionen bekannt gemacht. Zwei Nächte lang haben wir selbst ein Frauen-Taxi organisiert. Wir haben 3000 Unterschriften gesammelt und waren mehrfach im Radio und in der Presse vertreten.

Wie dringend wir ein Frauen-Nachttaxi brauchen, wurde immer wieder deutlich: „Wenn es so etwas regelmäßig gäbe könnten Frauen wieder ohne Begleitschutz am kulturellen Nachtleben teilnehmen“, war

Motto „Es reicht - wir wehren uns“. Anrufer waren neben der SAV die PDS, die HBV, der Studenterrat der Uni und die IG Metall-Jugend.

Wir zogen zum Rathaus. Dort übergeben wir dem Oberbürgermeister eine Resolution, in der Forderungen zu allen Bereichen der kommunalen Politik indifferenzen waren. Die Protestierenden stimmten überein, daß keine Kürzungen akzeptiert werden dürfen und wir uns das Geld für die sozialen Bereiche von denen holen müssen, die es zur Genüge haben - bei den Unternehmen und Politikern.

„Dieser Protest war erst der Anfang der Gewerkschaft, doch das Ziel muß Sozialismus sein, denn nur in einer Gesellschaft mit Arbeiterkontrolle und -verwaltung wird die Arbeiterklasse soziale Politik bestimmen und erleben.“ Das war der letzte Satz unserer Rede und der Beifall war groß - nicht nur, weil sich bei -8 Grad alle freuten, daß sie nach Hause konnten.

Mit dieser Kampagne haben wir uns ein Stück mehr in Rostock verankert und unsere Forderungen bekannt gemacht. Unsere Arbeit geht weiter mit einer SAV-Veranstaltung. Eine Fragestunde zu unserer Resolution in der Bürgerschaft ist angestrebt.

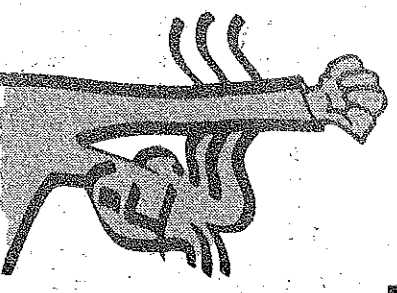
Wir können bilanzieren, daß in Rostock die Arbeiterklasse von einem Teil der Bewegung vom Kopf in die Beine übergegangen ist - ein guter Nährboden für unsere Arbeit.

die Reaktion in einem Leserbrief: 80 Prozent der Frauen in Stuttgart haben beim abendlichen Heimgehen Angst.

Auch verschiedene Frauenorganisationen und Gewerkschaften unterstützen die Kampagne. Der Druck war so groß, daß der Gemeinderat das Thema zweimal behandeln mußte. Es ist ihm allerdings gelungen, das Projekt auf die Schultern der SSB abzuwälzen.

Wir spornen doch keine Disco-Besuche“ war der Kommentar eines Gemeinderats. Auf solche Leute können wir uns nicht verlassen sondern müssen selbst

für unsere Rechte kämpfen. Auch wenn jetzt nur 5 DM Zuschuß herausgekommen ist, haben wir das Problem eine Weile in den Mittelpunkt gerückt und fordern weiterhin ein kostenloses Frauen-Nachttaxi.



Sozialistische Alternative VORAN - Ortsgruppen

Rostock

Mittwochs, 19 Uhr, Augustenstraße 112a
Infos unter: 03 81/4 90 42 93

Berlin

OG Süd: montags 19 Uhr, Kindfriedens Fun-Fun, De-fogger-Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG-Mitte: dienstags 19 Uhr, PDS-Stützpunkt, Allee der Kosmonauten 99, OG-Nord/West: montags 19 Uhr, „Kleitzier“, Jablonowskystr. 11a, Prenzlauerberg
Infos unter: 030 / 4 44 76 16 erfragen

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Weinschloß, Has-teder Osterdeich 230, Weitere Infos über Bundes-zentrale

Bremerhaven

OG Süd: montags, 19 Uhr, „Schillerklaus“, Schillerstr.
OG Nord: montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zepplinstr. 3

Kassel

OG Mitte: dienstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zepplinstr. 3
Infos über Themen unter: 04 71 / 41 75 48

Köln

OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schacht-hof, Mombachstr. 12
OG West: sonntags, 18.30 Uhr, Café Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos unter: 05 61 / 1 64 91

Aachen

OG Ost: montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsweg 233
OG Nord: dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
Infos unter: 02 41/50 96 85

Siegen

Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (beim oberen Schloß)

Frankfurt/Main

Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Weitere Infos unter: 0 69 / 45 32 75

Stuttgart

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Holle Str. 9
OG Süd-West: jeden Donnerstag 18.30 Uhr, Jugend-haus Heisch (Göblinger Str. 92)
OG Nord: jeden Donnerstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord,
Infos unter: 07 11/2 23 98 33

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kampffonds

Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht neue Vorschläge zur Demontage von sozialen Errungenschaften, Preiserhöhungen, Ankündigungen von Stellenabbau um die Ohren gehauen werden.

Gegenwehr ist nötig. SAV-Ortsgruppen sind aktiv gegen Sozialabschneidern aller Art.

Die Rostocker Ortsgruppe hat durch eine massive Kampagne in Zusammenarbeit mit der öv-teries Rostoff-Regiment als Kindertagesstätten abwenden können. Bei 13 Infoständen sowie Demos und Protesten wurden Unterschriften gesammelt

und ca. 1000 DM zur Finanzierung der Arbeit eingenommen. Kölner SAVler starteten eine Kampagne gegen die Preiserhöhungen bei der Telekom.

Viele Leute waren sauer und auch froh, daß jemand etwas unternimmt, sie spendeten 300 DM zur Finanzierung unserer Arbeit.

In den Städten und Gemeinden stehen jetzt die Haushaltsberatungen und ein noch strikteres Rotstift-Regiment als schon im Vorjahr an. Die SAV wird an vorderster Front stehen, wenn es um die Organisierung von Widerstand geht.

Die Gewerkschaftsführer sind gerade dabei, erkämpfte tarifliche Rechte an Verhandlungstisch für leere Versprechungen abzugeben. Auch hier sehen wir es als Aufgabe an, die innergewerkschaftliche Opposition gegen diesen Kurs aufzubauen zu helfen. Das alles kostet Geld.

Den Sozialabbauern müssen wir uns durch massive Proteste entgegenstellen. Den Gewerkschaften, der SPD und der PDS muß Feuer unterm Hintern gemacht werden. Um dies zu organisieren, brauchen wir die finanzielle Unterstützung der

Mitglieder und Sympathisanten. Die Bereitschaft dazu wurde bei unserem Weihnachtssapell deutlich, für den am Jahresanfang noch einmal 2300 DM gespendet wurden. Herzlichen Dank dafür.

Frank, Bundeszentrale

Spendenkonto

Konto-Nummer 2500 59-430

Postbank Essen

(BLZ 360 100 43)

Werde Mitglied der SAV!

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben an SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hanssäng 4, 50670 Köln
Infofonotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

VORAN
Impressum
Übertragene marxistische Monatszeitschrift
Erschienen seit 1973
Herausgeber: VORAN, ein sozialistischer Demokratieklub
Verantwortliche RedakteurIn: Angela Bankert
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: Bergel und Bornart GRK Kassel
Redaktionschrift: VORAN, Hanssäng 4, 50670 Köln
Telefon 02 21/13 45 04 oder 13 46 04
Telefax 02 21/13 72 80
Bsp.versand: Postgitarren Essen (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!
zehn Ausgaben zu 18,- DM
zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (im Kommission-Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
Förderabo, 10 Ausgaben zu 40,- DM (ab 30,-)
Name, Anschrift, Telefon
Überweisen an: VORAN, Postgitarren Essen, BLZ: 360 100 43,
Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hanssäng 4, 50670 Köln

Brandnacht von Lübeck

"Ich will diesen Staat nicht!"

Zehn Menschen sind in der Brandnacht von Lübeck ums Leben gekommen, vierzig wurden verletzt. Unabhängig davon, ob das Feuer von einem deutschen Faschisten oder einem Heimbewohner gelegt wurde - diese Menschen sind Opfer des staatlichen Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Sascha Stanic, Köln

Dieser Rassismus steckt Flüchtlinge in überfüllte und

Landesregierung appelliere an Städte und Gemeinden, in den Unterkünften für einen abschreckenden Effekt durch die Art der Unterbringung zu sorgen."

Allein im Dezember starben mindestens acht Menschen bei Bränden in Asylbewerberheimen, die durch technische Defekte oder Fahrlässigkeit verursacht wurden.

Egal, wie es zu dem Brand gekommen ist, die eigentliche Verantwortlichen sind die Poli-

Geduld zu Ende?

- ★ **Abschaffung aller Sondergesetze für Nichtdeutsche. Gleiche Rechte für alle**
- ★ **Auflösung von Sammelunterkünften und Abschiebegefängnissen. Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen**
- ★ **Bleiberecht für alle**

oft beauftragte Heime mit hoher Brandgefahr. Dort leben sie völlig isoliert von der Außenwelt in unmenslichen Bedingungen. Die Asylbewerberunterkunft in der Lübecker Hafenstraße stand mitten in einem Gewerbegebiet in der Hafengegend, weit und breit keine Wohnhäuser. Das ist politisch gewollt.

Der Spiegel vom 22. 1. 96 schreibt: „In dem Mitleidigen des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes vom Oktober 1990 heißt es, die

Warten werden wir darauf nicht. Der Widerstand gegen Rassismus und gegen die nach wie vor aktiven Neonazis muß von unten, von den Gewerkschaften, den antirassistischen Gruppen und Ausländerverbänden, der PDS und antirassistischen Kräften in der SPD organisiert werden. Denn auch wenn die Polizei einen Brandanschlag von außen mitteweltle ausschließt, heißt das noch nichts. Am 16. März 1994 sah die Polizei bei einem Brand in Stuttgart auch kein Anzeichen für einen Anschlag, ein Jahr später gestand ein 25jähriger die Tat. Motiv: Ausländerfeindlichkeit.

Bundespräsident Herzog sagte nach der Brandkatastrophe: „Sollte es sich um einen Anschlag handeln, dann geht mir die Geduld allmählich zu Ende.“ Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen reichen also nicht, um Herzogs Geduld zu beenden. Und jetzt, wo die Polizei einen libanesischen Heimbewohner der Tat beschuldigt, kann sich Herzog dann ja noch weiter in Geduld üben - bis das nächste Asylbewerberheim brennt!

„HASS“

„Dies ist die Geschichte eines Mannes, der aus dem 50. Stock eines Hochhauses fällt. Während des Falles wiederholt er immer wieder, wie um sich zu beruhigen: 'Bis hier ging's noch ganz gut, bis hier ging's noch ganz gut...' Doch das Wichtigste ist nicht der Fall, das Wichtigste ist die Landung.“

Klim, Lübeck

Am Anfang stehen Originalaufnahmen von den Straßenschichten, die sich Jugendliche mit der Polizei vor zwei Jahren lieferten, nachdem einer von ihnen von Polizisten erschossen worden war.

Im Mittelpunkt stehen drei Jugendliche: Der Farbige Hubert, der Jude Vincent und der Araber Said. Alle drei wohnen in den „banlieus“, den Schlafstädten der Pariser Außenbezirke, wo sich auch der Großteil ihres Lebens abspielt. Der Film begleitet Hubert, Vincent und Said einen ganzen Tag lang und dokumentiert ihren Alltag in Schwarz-Weiß-Bildern.

Anhand ihres Schicksals wird die Situation der Unterdrückung, Polizeibrutalität und des Rassismus beschrieben. Als die drei Freunde nach dem Tag der Straßenschichten vom Tod ihres gemeinsamen Freundes Abdel erfahren, sind sie nicht nur betroffen, sondern während auf die Polizei, die seinen Tod verschuldet hat.

Sie wollen den Tod ihres Freundes nicht tatenlos hinnehmen, doch nur Vinz, der nach den Ausschreitungen einen Revolver gefunden hat, hat konkrete Rachepläne. Er will einen „Bullen akkallien“, um, wie er sagt, „die Bilanz wieder auszugleichen.“ Doch den nächsten Morgen überlebt nur einer von ihnen.

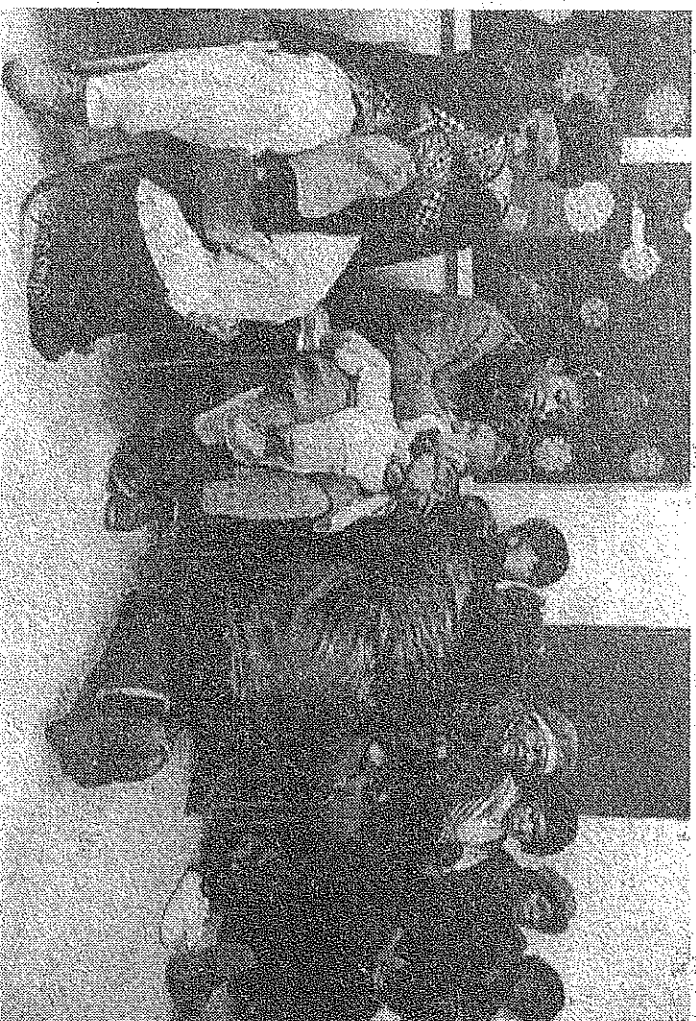
Französische Jugendliche meinen zu dem Film: „Das ist ein Film über uns, das ist unser Film.“ „Hass“ zeigt die Wirklichkeit für Millionen Jugendlichen aus der Arbeiterklasse, die Schikanen der rassistischen Polizei und die Langeweile, die die Jugendlichen mit Hilfe von Drogen vergessen wollen. „Hass“ erzeugt durch seinen authentischen Stil mehr Span-

nung als die zig-Millionen-Dollar-Hollywood-Schinken mit ihrem Wischi-Waschi-Storys. Deshalb ist er sehr wert.

Der Film zeigt, wie der Versuch der Jugendlichen, aus ihrer Situation auszubrechen, zum Scheitern verurteilt ist, weil sie dies auf eigene Faust in Einzelaktionen tun, anstatt es organisiert zu machen. Fragen werden aufgeworfen: Wie kann man der Armut und Arbeitslosigkeit entkommen? Was gegen Rassismus tun? Jeder politisch Interessierte sollte sich diesen Film angucken.

Juppé und Kohl sagen auch: „Bis hierher ging's noch ganz gut.“ Aber die Landung im Fall der kapitalistischen Gesellschaft kommt bestimmt und das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Ras-le-bol - die Schnauze voll!

„Hass“ läuft in den meisten Städten wahrscheinlich nicht mehr im Kino. **Achtet auf Wiederholungen in Programmkinos oder wartet auf den Video.**



Opfer von Lübeck: Ihr Asylbewerberheim stand als einziges Wohnhaus in einem Gewerbegebiet

Zukunft erkämpfen - Jugend in die Offensive

Jugendoffensive - JO/JRE lädt ein zur bundesweiten Jugendkonferenz 9./10. März in Köln.

Wir wollen nicht länger zusehen wie Politiker und Unternehmer unsere Zukunft kaputt kürzen - wir müssen uns wehren!

In diesem Sinne werden Schülerinnen, Studierende und Auszubildende aus Deutschland zusammenkommen und folgende Fragen diskutieren.

- **Unsere Zukunft ist bedroht - wie können wir Bildung, Ausbildung, Arbeit für alle erkämpfen?**
- **Wie können wir mithelfen, eine starke, linke Jugendbewegung aufzubauen? Wie erreichen wir den bundesweiten Jugendstreiktag?**
- **Arbeitskreise unter anderem zu folgenden Themen:**
 - Welche Schule wollen wir? ••• Wer soll das bezahlen...? ••• Aufuhr in Frankreich ••• Wie mache ich ein Video? ••• Lübeck hat es wieder einmal gezeigt: „Die deutsche Asylpolitik fördert Menschenleben“

Jeder ist herzlich an der Konferenz und den Diskussionen über die weitere Gegenwart und eine linke Jugendbewegung teilzunehmen.

Die Teilnahme kostet ca. 60 DM, Anmeldeschluß ist der 1. März!

Für weitere Infos und die Anmeldung könnt Ihr Euch im JRE-Bundesbüro melden: JRE, Postfach 300629, 50776 Köln
Telefon (02 21) 13 45 05, Fax (02 21) 13 45 06

Telekom-Azulis

Gehauert, Ausgebildet, Gefeuert

Obwohl die Telekom laut Aussagen der Geschäftsleitung seit der Privatisierung mehr als 15 Milliarden DM Umsatz gemacht hat, geht das Rationalisieren weiter, 1998 fällt das Monopol der Telekom endgültig, und bis dahin wird sich für die Beschäftigten noch einiges zum Nachteil ändern. Bis ins Jahr 2000 sollen noch 60 000 bis 100 000 Mitarbeiter entlassen werden.

Maik, Telekom-Azubi DPG-Mitglied, siegen

„Wir müssen schlanker werden“, so der Telekom-Boss Kon Sommer. Und Telekom wird schlanker - allerdings nur in den unteren Etagen bei den einfachen Arbeitern, denn in den Chetragen werden es immer mehr.

Nach dem Motto „Wer nicht kundigen will, soll leiden“ wird ein Mitarbeiter nach dem anderen von den Bossen vergault: Kollegen, die nicht freiwillig

gehen wollen, werden einfach versetzt, in eine Dienststelle weit entfernt von Familie und Wohnort. So werden Mitarbeiter der Telekom einfach in tiefste Taka-Tuka-Land verfrachtet, um dann dort als ausgebildete Fernmeldehandwerker/Telekommunikations-Elektroniker in der Telefonanskunft zu arbeiten. Und das, obwohl vor Ort genügend zu tun ist. Da werden Aufträge doch lieber an Fremdfirmen vergeben, denn die sind der Geschäftsleistung billiger.

Was uns die Privatisierung sonst noch alles bringt, sieht man bei den Azulis. Erst von Telekom gehauert, ausgebildet und dann - wie kann es anders sein - gefeuert. Mit Übernahmestimmung nichts mehr. „Konkurrenz belebt das Geschäft“ so ein Slogan der Telekom. Das wird den Auszubildenden schnell klar. Denn wenn überhaupt noch jemand übernommen wird, dann sind es nur die Besten, die Verkürzer (Azulis),

die aufgrund guter Leistungen die Ausbildung verkürzen). So wird systematisch versucht, ein Konkurrenzverhalten jeder Generation zu züchten.

Statt Azulis zu übernehmen und/oder neue einzustellen, wird die Arbeit auf die restlichen Kollegen verteilt. Dadurch kann es dann auch vorkommen, daß in einer Dienststelle monatlich mehr als 1500 Überstunden anfallen.

Die Privatisierung, die uns als Patentzept verkauft wird, hat in Wirklichkeit viele Nachteile: Massenhafter Stellenabbau, Gebührenerhöhungen, Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, Ausbildungsstopp.

Gerade in Zeiten der Privatisierung ist es wichtig, sich in Gewerkschaften zu organisieren, auch wenn die Gewerkschaftsführung oft mit den Unternehmen Hand in Hand arbeitet. Organisiert Euch in der Gewerkschaft und macht Druck auf die Gewerkschaftsführung.

Das SAV-Programm für Gegenwehr!

- ★ Vorbereitung von gemeinsamen Protestaktionen aller DGB-Gewerkschaften zusammen mit Schüler- und Studentenvertretungen und anderen Organisationen im Frühjahr
- ★ Als vorläufiger Höhepunkt ein gemeinsamer bundesweiter Streik- und Protesttag aller Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Schüler, Studenten, Rentner etc.
- ★ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen bei ihrer Tarifrunde im Frühjahr die Unterstützung aller Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Sie könnten wie in Frankreich die Eisenbahner eine Vorreiterrolle im Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichung und Sozialabbau übernehmen
- ★ Eine europaweite Konferenz der Gewerkschaften, um den gemeinsamen Widerstand gegen die mit den Mastrichter Verträgen für die Europäische Währungsunion verbundenen Angriffe auf die Arbeitnehmer zu organisieren
- ★ Für diese Schritte zur Gegenwehr muß jetzt Druck gemacht werden: in den Gewerkschaften, in den Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die Gewerkschaften zu wirklichen Kampforganisationen werden, mit Funktionen, die ihrer Basis verpflichtet sind und nicht mehr verdienen als das Durchschnittseinkommen ihrer Mitgliedschaft

Die sozialistische Alternative zu Sozialabbau und Arbeitslosigkeit:

- ★ Stopp aller Sozialkürzungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohndrückerei. Keine Privatisierungen
- ★ Internationales Solidarität und grenzübergreifender Kampf. Kein Eingehen auf den „Standortwettbewerb“ der deutschen Wirtschaft, denn das läuft darauf hinaus, die Arbeiter anderer Länder durch Sozial- und Lohnkürzungen zu unterbieten. Dabei gewinnen nur die Unternehmer aller Länder
- ★ Bestandsaufnahme in Betrieben und Wirtschaft ohne Rücksicht auf Geschäftsgeheimnisse: Wo sind die von uns erarbeiteten Gewinne hingeflossen? Wie kann die Arbeit besser verteilt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Belastung für den Einzelnen zu reduzieren? Es wird für jeden deutlich werden: Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen!
- ★ So kann gezeigt werden, daß massive Arbeitszeitverkürzung (als Zwischenziel die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich) bezahlbar und sinnvoll ist
- ★ Erarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für Vollbeschäftigung. Kernpunkte könnten sein: Beseitigung der Wohnungsnot durch Bau von einer Million Wohnungen jährlich, massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens, Umstellung der Industrie auf umweltschonende Produktion und Beseitigung der Altlasten. Dafür muß das in den Händen weniger Superreicher konzentrierte Kapital im Interesse der Gesellschaft genutzt werden
- ★ Deshalb: Brechung der Macht von Banken und Konzernen durch Enteignung der Eigentümer und Umwandlung in staatliche Unternehmen bei demokratischer Kontrolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Wirtschaftsplanung für die Bedürfnisse der Bevölkerung statt für den Profit weniger Unternehmer.

- ★ Kleine Unternehmer, Gewerbetreibende und Selbstständige wären nicht mehr dem Druck von Konzernen und Banken unterworfen, sondern würden in die staatliche Rahmenplanung einbezogen werden, bei voller Kontrolle der Beschäftigten über Arbeitsbedingungen und tarifliche Bezahlung
- ★ Sturz der Kohl-Regierung. Eine SPD-geführte Regierung muß aber vom ersten Tag an unter Druck gesetzt wird. Arbeitnehmer, Arbeitslose, Studenten und Schüler müssen sich von unten her (in den Betrieben, Hochschulen, Schulen, Stadtvierteln) organisieren und bundesweit vernetzen.

Arbeitslosigkeit und Sozialabbau



DGB-Chef Schulte



Es reicht - Zeit zur Gegenwehr

Der regierungsamtliche Zweckoptimismus hat einen Dämpfer bekommen. Das Wirtschaftswachstum zeigt eine rückläufige Tendenz. Nach bereits schwachen 1,9 Prozent im vergangenen Jahr wird für dieses Jahr ein Wachstum von nur 1,5 Prozent erwartet. Da dies ein internationales Phänomen ist, ist auch durch den Export kaum ein Impuls zu erwarten.

Angela Banker, SAV-Bundesvorsitzende

Besonders schlimm wird es in Ostdeutschland, wo zwar noch mit einem Zuwachs gerechnet wird, aber auch dieser fällt deutlich geringer als 1995 aus. Besonders die Bankkonjunktur ist dramatisch eingebrochen. Da grundlegende Infrastruktur-Investitionen allmählich auslaufen und mit ihnen der Motor der Ostkonjunktur abstirbt, ist mit einer weiteren Verschlechterung der Lage zu rechnen.

An's Eingemachte

Auch in Westdeutschland vergeht kaum eine Woche ohne Hitbotschaften von der Job-Front. AEG verschwindet von der Bildfläche, Konkursgerichte um den Bremer Vulkan, Abbau bei DASA. Selbst das Flagggeschiff der deutschen Industrie, der Daimler-Konzern, wird in Einzelteile zerlegt und einige davon abgestoßen. Die Deutsche Bank plant trotz Bombengeschäft den Abbau von 11.000 Beschäftigten in den nächsten zwei Jahren - die Dienstleistungsgesellschaft läßt grüßen.

Ganz zu schweigen von der Pleitewelle bei kleinen und mittleren Betrieben, von deren Verschwinden nur die Regiopolpresse Notiz nimmt.

Zwar ist unmittelbar noch nicht mit einer Rezession zu rechnen, aber dieser Aufschwung wird für Masse noch miserabler als der in den 80er Jahren, als die sogenannte Zweidrittel-Gesellschaft entstand und das untere Drittel bereits herausfiel. Jetzt geht es

auch für kleine und mittlere Einkommen ans Eingemachte.

Finanzdesaster

In diesem Jahr werden durch die schlechtere wirtschaftliche Lage Mindererträge in den öffentlichen Kassen von 50 Milliarden DM erwartet (Bund, Länder und Gemeinden). Der deutsche Städtetag jammert, daß die Finanzlage noch nie so dramatisch war. 13,4 Milliarden DM Mindererträge werden es 1995, in diesem Jahr werden nochmal mindestens 12 Milliarden DM fehlen. Aber beim Januarmem bleibt es auch. Egal, wie die Städte und Gemeinden reagieren sind, ob schwarz, rotgrün oder im Osten durch die PDS: es wird kein Widerstand gegen

Speck leben. Regierung und Arbeitgeberverbände überbleiben sich mit Vorschlägen, wie man die Krise dieses Systems auf die Masse der Bevölkerung abwälzen kann.

Eine massive Gegenwehr wie in Frankreich ist auch hier dringend nötig. Die Bereitschaft zum Widerstand gegen die Angriffe von Regierung und Unternehmen wächst. 57 Prozent aller Deutschen wären bereit, wie in Frankreich zu streiken (Umfrage der Wochenpost 12/95). Was Juppé versucht hat, läuft hier schon lange, wenn auch mehr scheinbarweise.

Aber was machen die Gewerkschaften? Leider suchen IG Metall-Chef Zwickel und DGB-Chef Schulte das Banditens mit den Politikern und den Ar-



VW: Weniger Personalabbau soll als Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft werden

Bonn organisiert, sondern die Lasten werden einfach an die Bevölkerung weitergereicht: in Form von Gehühnerhöhungen, Schließung von Einrichtungen, Personalabbau

Umbau-Lüge

Alle reden vornehm vom „Umbau“ des Sozialstaates, meinen aber in Wirklichkeit den Abbau „Kürzer treten“ und „Nicht alles, was wünschenswert ist, ist noch finanzierbar“ hören wir von denen, die selbst wie die Made im

verrennen. Was muß eigentlich noch alles passieren, ehe diese Kampfkraft endlich zu ernsthaftem Widerstand gebündelt wird? Ehe der DGB einen bundesweiten Proteststreik organisiert und alle Räder für einen Tag stillstehen?

Politisches Vakuum

Auf der parteipolitischen Ebene stehen wir allerdings auch nicht besser da als unsere französischen Kollegen. Die SPD präsentiert sich auch mit neuem Vorsitzenden Lafontaine nicht viel anders als vorher. Es darf bezweifelt werden, daß er irgendwelche Geheimrezepte zum Nutzen der Bevölkerung in der Tasche hat, die er uns nur noch nicht mitteilen will. Die Grünen sind in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Weg zur Öko-FDP mittlerweile rechts von der SPD angekommen. Die PDS beteiligt sich zwar verbal nicht am „Umbau“ des Sozialstaates, wohl aber in der kommunalen Tagespolitik vor Ort. Ihre Führung denkt vor allem darüber nach, wie sie schnellstmöglich hör- und koalitionsfähig werden kann.

Dabei steht die Kohl-Regierung auf weckeligen Beinen. Haben die Oppositionsparteien nicht nach der Bundestagswahl 1994 angekündigt, „die Regierung jagen“ zu wollen? Wir werden sie wohl zum Jagen tragen müssen. Wenn die FDP bei den drei Landtagswahlen im März unter 5 Prozent bleibt, ist sie nur noch im hessischen Landtag vertreten und politisch erledigt. Neuwahlen lägen dann im Bereich des Möglichen.

In erster Linie die SPD-Spitze hätte jetzt die Chance, mit einer wirklichen Oppositionspolitik die Kohlregierung zu Fall zu bringen. Dazu müßte sie auf die Mobilisierung der Arbeitnehmerkraft und Konfrontation mit den Unternehmen setzen. Sie tut jedoch das Gegenteil.

Wir müssen unsere Interessen selbst in die Hand nehmen und jetzt damit beginnen, inhaltliche Alternativen und Gegenwehr zu entwickeln. ■

Das Bündnis für Arbeit - eine Sackgasse

Nach den ersten Verhandlungsrunden zum „Bündnis für Arbeit“ ist deutlich geworden: die Unternehmer sehen sich nicht in der Lage, 100 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und die Bundesregierung denkt nicht im Traum daran, auf Sozialabbau zu verzichten. Dafür ist auf der anderen Seite die Gewerkschaftsführung weiter eingeknickt.

Frank Klober, Kassel

Die Unternehmer und ihre Verbände haben unmissverständlich deutlich gemacht, daß sie keine verbindlichen Zusagen für neue Arbeitsplätze machen können. Der Flächenarbeitsvertrag verbietet dies. Man könne die einzelnen Firmen nicht per Vertrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen zwingen. Man könne allerdings die „Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze verbessern“, das heißt, Lohnkosten senken und niedrige Einstiegslohne vereinbaren.

Postwendend schwächt DGB-Chef Schulte die Bedingungen für Lohnzurückhaltung ab. Statt rechtlich verbindlicher Zusagen der Arbeitgeberverbände genüge eine „Selbstverpflichtung“ der Arbeitgeber.

Die Metall-Unternehmer machen noch eine andere Rechnung auf, mit der sie erklären daß 1996 überhaupt keine Arbeitsplätze geschaffen werden können. Man erwarte 1996 ein Produktionswachstum von 3 Prozent und eine Steigerung der Produktivität von 6,5 Prozent. Dies bedeute einen Rückgang des Arbeitsvolumens um 3,5 Prozent, was 100 000 Arbeitsplätzen in der Metallbranche entspricht. Diese müßten in diesem Jahr abgebaut werden.

IG Metall-Volkswirte erklären daraufhin, es gehe bei dem Vorschlag von Zwickel nicht um die tatsächliche Schaffung zusätzlicher Stellen, sondern man könne auch die Stellen in die Rechnung einbringen, die durch das „Bündnis für Arbeit“ gesichert würden und sonst verloren gingen.

Signal für Arbeitgeber

Der Vorschlag „Bündnis für Arbeit“ war für die Unterneh-

„Vielleicht ist es nach Stumpe (zukünftiger Gesamtmetall-Präsident, die Red.) möglich, den freien Fall in die Arbeitslosigkeit abzubremesen ... Allenfalls könne man den Beschäftigungseffekt eines solchen Bündnisses 'relativ' messen, d. h. als Reduzierung der ansonsten gegebenen Falle-schwindigkeit.“

Handelsblatt, 17. 1. 96

mer und die Bundesregierung kein Zeichen, jetzt ernsthaft neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern ein Signal, zum Sturmangriff überzugehen.

Wie bei traditionellen Tarifverhandlungen haben die Metallarbeitgeber eigene Bedingungen gestellt:

1. Einen Tarifvertrag über niedrige Einstiegsgehälter bei



IG Metall Demonstrationen in den 80er Jahren: Veraltetes Dogma?

Langzeitarbeitslosen.

2. Tarifleistungen wie Wechnachts- und Urlaubsgeld sollen abgesenkt werden können, wenn es als Gegenleistung eine Beschäftigungsgarantie für 1996 gibt.

3. Die Möglichkeit, befristete Zeitrträge, statt bisher ein Jahr, auf zwei Jahre abzuschließen.

Der Forderung nach mehr und länger befristeten Arbeitsverträgen hat die IG Metall-Führung prompt nachgegeben. Im Gegenzug erklärten die Unternehmer, sie seien bereit, Überstunden in Arbeitsplätze umzuwandeln. Eine Verpflichtung oder Festlegung lehnte sie ab. Weiterhin forderten sie erneut den Samstag zum Regelarbeitstag zu machen und die flächendeckende Möglichkeit von Arbeitszeitkonten.

Lohnverzicht

DGB-Chef Schulte sagt un-
verhohlen: „Die Gewerkschaften haben sich von dem Dogma 'Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze', endgültig verabschiedet. Ich habe schon früher versucht die Kuh zu bewegen. Jetzt ist sie vom Eis. Wir erkennen an, daß Lohnkosten und Beschäftigung zusammenhängen.“

Daß dies Unsinn ist, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre. Seit drei Jahren haben wir bereits Reallohnverluste. Laut

statistischem Bundesamt, dessen Zahlen mit Sicherheit beschnitten sind, haben die Beschäftigten 1993 bis 1995 zusammen 5 Prozent Reallohn einbußen gehabt. Im gleichen Zeitraum sind weit über eine Million Arbeitsplätze vernichtet worden. Wo liegt da der Zusammenhang zum Lohnverzicht?

Aber es gibt einen anderen Zusammenhang: 1995 sind die Netto-Gewinne der Unternehmen um 12 Prozent gestiegen und die Chemiebranche hat ein historisches Rekordergebnis erzielt. Im November 95 war zu lesen: „Bayer steigert Gewinn auf neue Rekordhöhe.“ (Handelsblatt). Der Gewinn vor Ertragssteuer erhöhte sich in den ersten neun Monaten um 39 Prozent auf 3,3 Milliarden DM. Schon 94 waren es 2,4 Milliarden DM.

„Für das Gesamtjahr werde man sich bemühen, nicht nur das bisherige Rekordergebnis von 1989 mit 4,105 Milliarden DM zu erreichen, sondern es

„Er selbst sei schon froh, wenn es dieses Jahr nur zu einem Abbau von 50 000 und nicht 100 000 Arbeitsplätzen in der Metall- und Elektroindustrie komme, sagte Stumpe.“

Handelsblatt, 22. 1. 96

leicht zu übertreffen“, meint der Vorstandsvorsitzende der Bayer-AG, Schneider.

Was macht Bayer mit dem Gewinn? Haben die Beschäftigten etwas davon? Nein. Bayer macht ein Milliarder-Übernahmangebot an den Monsanto-Konzern. Außerdem will Bayer weiter rationalisieren und 1996 2000 Arbeitsplätze abbauen, nach 4000 im vergangenen Jahr. Das ist der Zusammenhang von Lohnzurückhaltung und Gewinnsteigerung.

Das „Bündnis für Arbeit“ ist unanglich, es hat den Unternehmern Tür und Tor für ihre Angriffe geöffnet. Mit Lohnverzicht schafft man keine Arbeitsplätze. Dies haben die Gewerkschaften jahrzehntelang richtigweise erklärt. Die offene Kehrwende in dieser Frage kann die Arbeitnehmer teuer zu stehen kommen.

Der zukünftige Präsident von Gesamtmetall, Werner Stumpe, hat die langfristigen Auswirkungen des Zwickel-Vorschlages erkannt und geht damit in die Offensive. Er meint, „daß sich die IG Metall mit dem Zwickel-Plan hinsichtlich ihrer zukünftigen Tarifpolitik gebunden hat ... nach ihrer eigenen, nunmehr anekdotischen Logik würde die IG Metall mit nun drastischen Lohnmehrhun-

gen in 1997 Beschäftigungspotential zerstören. Eine solche Verantwortungsllosigkeit kann sie sich nicht mehr leisten.“

Standortdebatte

Unter dem Druck der Kapitalisten und ihrer Standort-Debatte haben die Gewerkschaftsführer die ideologische Wende ins Unternehmerlager vollzogen. Zwickel und Co. vorzubei-

den die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Sie lenken davon ab, daß die Marktwirtschaft zwangsständig Arbeitslosigkeit produziert. Durch Rationalisierung und Einsatz von Spitzentechnologie werden immer weniger Menschen benötigt. Mit weniger Arbeitern wird mehr produziert. Arbeitsdruck und Überstunden wachsen, während offiziell vier Millionen arbeitslos sind.

Der Kampf um Absatzmärkte und der Zwang zur Gewinnmaximierung ist die Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Steigert VW seinen Marktanteil um 1 Prozent, werden 1 Prozent weniger Opel oder Mazda verkauft. Dann reduzieren die Manager auf die Kollektion von Opel oder Mazda ein: Um unseren Marktanteil zurückzuerobieren, müssen wir entweder Leute entlassen oder ihr Verzicht auf Lohn (oder beides). Und so kann es sein, daß VW wieder Anteile verliert und dort die Kollegen mit Arbeitslosigkeit und Lohnverzicht bedroht sind. Die Spirale geht abwärts. Verlierer sind immer die Beschäftigten, Gewinner immer die Bosse.

Die Gewerkschaftsführer predigen die Regeln der kapitalistische Marktwirtschaft, diesmal unter dem Namen „Bündnis für Arbeit“, statt in Deutschland damit zu beginnen den Kampf gegen Lohnrückerei und Arbeitsplatzabbau zu organisieren und ein Beispiel für die internationale Arbeiterbewegung zu setzen.

Schöne neue Welt

Wie sich Unternehmer und Politiker unsere Zukunft vorstellen:

Wer krank wird, bekommt keinen Lohn oder nur einen Teil oder muß sich Urlaubstage anrechnen lassen (Minister Blum und Arbeitgeberverbände). Für Medikamente muß man mehr bezahlen und für Kuren Urlaub nehmen (Gesundheitsminister Seehofer). Urlaub und Wehnachtsfallen dürftiger aus, da Urlaubs- und Wehnachtsgeld ausgesetzt werden können (Gesamtmetall).

Der Kündigungsschutz soll gelockert werden (Gesamtmetall) und den Arbeitslosen wird das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe gekürzt (Bundesregierung). Wer doch einen Arbeitsplatz findet, bekommt nur 90 Prozent des Tariflohns (Gesamtmetall). Dieser ist inzwischen abgesenkt und kann durch Leistungsstrafe und durch einen Bonus bei entsprechenden Unternehmensgewinnen aufgebessert werden (Murrmanns Dreisäulen-Modell).

Die Lohnnebenkosten für die Unternehmer sind gesenkt worden (Bundesregierung und Unternehmerverbände). Die fehlenden Milliarden in den Sozialkassen werden durch den Staat, spricht der Steuerzahler, durch höhere Mehrwertsteuer aufgebracht (EK-SPD-Geschäftsführer Blessing). Hat man dann sein wohlverdientes Rentneralter erreicht, bekommt man leider nur eine gekürzte Rente (Blum und Bundesbank-Chef Tietmeyer).

1000 neue Jobs bei VW - ein Witz

1000 neue Arbeitsplätze will VW im Gesamtkonzern neu schaffen und dies in das „Bündnis für Arbeit“ einbringen. Der Gesamtkonzern hat 130 000 Beschäftigte. VW hat 1995 allein über 8000 Arbeitsplätze abgebaut und kündigte an, mit Ablauf des Beschäftigungssicherungsvertrages 1997 weitere 6000 entlassen zu wollen. Der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende Sudholt sagte, daß in den kommenden Jahren 15 000 Arbeitsplätze abgebaut würden und daß dies die Folgen von notwendigen Rationalisierungen seien. Im Werk Satzgitter werden VW-Arbeiter aufgefördert, zum Reifenhersteller Continental zu wechseln, die im VW-Werk eine Produktionsstätte eingerichtet haben. Bis 1998 sollen 4-500 Continental-Beschäftigte im VW-Werk arbeiten. Es wurden tausende Arbeitsplätze abgebaut und so soll es weiter gehen, trotz „Beschäftigungssicherung“ und 28,8-Stunden-Woche.

Andererseits kloppen die Kollegen eine Sonder-schicht nach der anderen. Im Werk Kassel gibt es in einigen Bereichen Pflichtbezahlung. Es besteht keine Möglichkeit für einen Freizeitausgleich. Mit der Ankündigung, 1000 Leute einzustellen,

Torsten, IGM-Vertrauensmann bei VW



Die Bewegung in Frankreich ging weit über Streiks hinaus. Sie war hochpolitisch, gegen die herrschenden Eliten und die zentralen Säulen der Regierungspolitik gerichtet.

Nur die erste Runde

Drei Wochen im vergangenen November und Dezember 95 war Frankreich lahmgelegt durch die größte Streikbewegung seit 1968. Die Bewegung erteilte denjenigen Ideologen eine Lektion, die schon seit Jahren das Ende der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung beschwören.

David Cameron, Paris

Im strikten Sinne des Wortes war es kein Generalstreik. Es begann mit einem total effektiven Streik der Eisenbahner am 24. November, gefolgt von einem ebenso totalen Streik im öffentlichen Transportwesen in Paris und anderen Städten, sowie Massenstreiks bei Post,

Hätte die Bewegung die Führung gehabt, die sie verdiente, dann wäre Juppé heute politisch erledigt.

Telekom, Elektrizitäts- und Gaswerken, Kommunalbehörden, Schulen und einigen Krankenhäusern. Dies wurde begleitet von zeitweiligen Ausständen im ganzen öffentlichen Dienst und auch Teilen der Industrie, besonders aus Anlaß der großen Demonstrationen.

Andererseits war es nicht einfach nur eine Streikbewegung, sondern eine verallgemeinerte Bewegung der Arbeiterklasse in direkter Konfrontation zur Regierung und zur herrschenden Klasse.

Die Demonstrationen waren überall die größten seit 1968, in einigen Fällen sogar seit den 30er Jahren. Auch in vielen trieben fanden regelmäßige Betriebsversammlungen statt, um die Lage zu diskutieren und die Teilnahme an den Demos vorzubereiten. Parallel dazu verlief eine große Studentenbewegung, die mehr Geld und Personal für das Bildungswesen forderte. Während der ganzen Bewegung zeigten die Meinungsumfragen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Juppé-Plan war und die Streiks unterstützte.

Politische Dimension

Die Bedeutung der Bewegung liegt aber nicht allein in ihrem Massencharakter, sondern auch in ihren Zielen. Sie war eine direkte Herausforderung der Regierung, ein Angriff auf das zentrale Projekt der französischen herrschenden Klasse, den Plan Juppé und die Maastricht-Kriterien. Nach und nach kam auch die Forderung nach dem Rücktritt Juppés auf, in manchen Fällen auch dem Chiracs. Es gab ein unterschwelliges, wenn auch oft nicht artikuliertes Zurückweisen der „Eliten“, die Frankreich regieren, ein Gefühl des „Wir und Sie“, das beginnende Widererwachen eines Klassenbewußtseins der

unterstütze zunächst Juppé und erklärte, daß dessen Politik auf der Linie der früheren SP-Regierung lag, was allerdings stimmt. Über die Kommunistische Partei (PCF) kann niemand behaupten, daß sie die Bewegung nicht unterstützte. Ihre Aktivitäten waren stark beteiligt. Allerdings forderte die PCF zu keinem Zeitpunkt den Rücktritt Juppés oder Chiracs. Sie erklarte vielmehr, die Linke sei „nicht reif für die Macht“.

Gewerkschaften

Aber nicht die Parteien standen im Vordergrund der Bewegung, sie hielten sich im Gegenteil bewußt heraus, sondern die Gewerkschaften. Dadurch waren die Auswirkungen der Bewegung auf die Gewerkschaften sehr direkt zu sehen, während es wahrscheinlich noch dauern wird, ehe sie sich auf der parteipolitischen Ebene niederschlägt.

Von den drei großen Gewerkschaftsverbänden ist die CFDT heute die am weitesten rechts stehende. Die Führung um die Generalsekretärin Nicole Notat unterstützte offen den Plan von Juppé. Dies provozierte eine heftige innergewerkschaftliche Opposition. Viele Basisglieder nahmen aktiv an der Bewegung teil und disziplinierten sich von Notat, besonders die Eisenbahnergewerkschaft. Viele trugen Anstecker und Transparente mit Aufschriften wie „kämpfende CFDT“ oder „CFDT-ohne Notat“. Die Opposition forderte nun die Einberufung eines Sonderkongresses. Die Führung widersetzte sich zunächst, will aber nun doch darüber beraten, was ein Anzeichen für die Unterstützung vieler Basisaktivisten für die Opposition ist.

Rolle der Parteien

Die politische Dynamik der Bewegung warf zwar nicht unmittelbar die Machfrage auf, wohl aber die Frage nach dem Sturz der Regierung, was zur Rolle der linken Parteien führt. Die Sozialistischen Partei (SP) deutete nur vage Unterstützung für die Bewegung und Opposition zum Juppé Plan an, ohne aber die Logik der Kürzungspolitik in Frage zu stellen. Der Vorsitzende Jospin mußte sogar den rechten Flügel zur Ordnung rufen, denn dieser

chenübergeifende Streikkomitees gab es nur wenige. Eine der Ausnahme war Rouen, wo die Eisenbahner ein ständiges Streikkomitee aus ihren Reihen unter Einschluß von Gewerkschaftsvertretern bildeten und die Initiative zu einem branchenübergreifenden Komitee ergriffen, das streikende Bereiche einbezog. Von der Basis her wurden auch eine Reihe bemerkenswerter Initiativen ergriffen, die Elemente von Arbeiterkontrolle einschlossen. In verschiedenen Städten entschieden z.B. die Gas- und Elektrizitätswerker, den Haushalten in Arbeitervierteln die Energie zum Billigtarif, den Unternehmen dagegen zum teuren Tarif zu berechnen. Postangestellte entzogen die Arbeitslosen und Familien ihre Schecks mit Arbeitslosengeld bzw. Sozialhilfe zuzustellen. Busfahrer in Paris transportierten bei Minus-Temperaturen die Obdachlosen zu den Suppenküchen.

meldet, die Blondels Führungsanspruch beim Kongreß Ende Februar in Frage stellen wird. Die von der KP geführte CGT hatte ihren Kongreß noch während der Bewegung, eigentlich hatte die Führung um Louis Vianet vorgesehen, die sozialistischen Passagen im Statut zu entfernen, zum „Ausgleich“ den rechten Flügel zurückzudrängen und die Gewerkschaft zu „modernisieren“. Aber stattdes erwarteten Mitte-Rechts Konflikts stand durch die Massenbewegung die Gewerkschaftslinks im Vordergrund. Sie forderte den Aufruf zum Generalstreik. Die Führung konnte sich jedoch diesem Druck entziehen und eine Resolution durchsetzen, in der nur vage von „Generalisierung des Streiks“ die Rede war.

Basis-Initiativen

Die Streikbewegung war weder völlig unter Kontrolle der

Die führende Rolle der Gewerkschaften in diesem Kampf, besonders der kleineren und militanteren, dürfte zu einem gewissen Zustrom in nächster Zeit führen.

Abwürgen

Nachdem Juppé zunächst versuchte hatte, die Bewegung auszusitzen, entschied er sich für die Methode des Spaltens, indem er in einigen Bereichen Zugeständnisse anbot (den Studenten und Eisenbahner). Doch die Demonstrationen dauern, am 12. Dezember, waren mit 2 Millionen Teilnehmern größer denn je, und die Meinungsumfragen blieben konstant gegen Juppé. Die Stimmung war: Er ist auf dem Rückzug, noch einen Stoß, und der Plan Juppé ist ganz vom Tisch.

An dieser Stelle traten die Gewerkschaftsführer auf den Plan und erklärten ihre Verhandlungsbereitschaft. Sie grif-

mit gestärktem Selbstvertrauen zurück zur Arbeit. Das Gefühl war weit verbreitet, durch ihren Kampf einen Teilsieg errungen zu haben. Viele Versammlungen stimmten ausdrücklich nicht für Abbruch, sondern nur für „Unterbrechung“ des Streiks, um zu dokumentieren, daß dies nur die erste Runde im Kampf war, und daß man ihn jederzeit wiederaufnehmen kann.

Perspektiven

Was eine erneute Bewegung losstreifen könnte, ist schwer vorauszusagen, möglicherweise das Inkrafttreten des Juppé Plans oder andere Angriffe, wie die Privatisierung der Telekom oder die geplante Gesundheitsreform. In jedem Fall ist die grundlegende Unzufriedenheit und aufgestaute Frustration nicht verschwunden.

Die Streikaktivisten haben immer wieder auf eine zentrale Schwäche der Bewegung hingewiesen: daß sie nicht verallgemeinert war und besonders der Privatsektor nicht teilnahm. Letzteres lag neben objektiven Schwierigkeiten auch daran, daß die Gewerkschaften, besonders die CGT-Führung, in keiner Weise darauf hin arbeiteten.

Hätte die Bewegung die Führung gehabt, die sie verdiente, dann wäre Juppé heute politisch erledigt. Er würde durch die Führer von Gewerkschaften und Parteien getrieben, ist allerdings schwer anzuschlagen. Trotz der Anti-Regierungs-

Offensive war einer der bemerkenswertesten Charakterzüge der Bewegung das Fehlen jeglicher positiven Alternativen. Durch was sollte man die Regierung ersetzen? Nirgendwo kam die Forderung nach einer erneuten Regierung der Linken auf. Das sind die Folgen des katastrophalen Erbes der Amtszeit Mitterands, und der Sozialisten. Der Mangel an politischen Alternativen wird von den Aktivisten schmerzhaft empfunden. In der nächsten Periode können sich einige der KP oder anderen linken Gruppen zuwenden, dabei gleichzeitig die Sozialisten wählen, um die Rechte loszuwerden.

Die nächstliegende Aufgabe ist jedoch nicht die Spekulation darüber, wer die Regierung er-



Die führende Rolle der Gewerkschaften in diesem Kampf, besonders der kleineren und militanteren, dürfte zu einem gewissen Zustrom in nächster Zeit führen.

Gewerkschaftsführer, noch wurde die Führung durch unabhängige Basiskomitees ausgeübt, wie dies beim Eisenbahnerstreik 1986 der Fall gewesen war. Der Gewerkschaftsführung gelang es, den Tiger zu reiten, wenn auch sehr unbehaglich. Dies führte dazu, daß unabhängige Basiskomitees und eigenständige Vernetzung von unten nicht sehr verbreitet waren. Besonders bran-

fen die Teilzugeständnisse bezüglich auf und argumentierten: Juppé macht Zugeständnisse, laßt uns zupacken bei allem, was wir kriegen können, und die Arbeit wiederaufnehmen. Dies gelang ihnen auch schließlich, wenn es auch eine ganze Woche dauerte und nicht einfach war.

Trotz allem gingen die Arbeiter am Ende der Bewegung nicht demokratisiert, sondern

setzen könnte, sondern den Kampf wieder aufzunehmen und zu vertiefen. Marxisten müssen dazu beitragen, eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen zu schaffen und einen Generalstreik zum Sturz von Chirac und Juppé vorzubereiten. Denn eine Alternative zu derzeitiger Führung der Arbeiterbewegung wird nur im Kampf selbst aufgebaut.

Aufstiegs der Islamisten?

Türkei wagt in der Wahlkampfzeit

Aus den türkischen Parlamentswahlen im Dezember ist die islamistische Wohlfahrtspartei (Refah) mit 21,3 Prozent stärkste Kraft geworden. Die bürgerlichen Medien in der Türkei und in Europa haben darauf mit großem Unbehagen reagiert. Doch sie sind weniger über die Refah-Partei beunruhigt als vielmehr über die große Unzufriedenheit der Arbeiter, Arbeitslosen und Armen, die sich im Wahlerfolg der Islamisten ausdrückt.

Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, Köln

Im Wahlkampf hatte sich die Refah als „Systemalternative“ dargestellt. Die bürgerlichen Parteien DYP (Partei des rechten Weges) und ANAP (Mittelstandspartei) wurden wegen ihrer Kürzungspolitik als „Knechte“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) dargestellt. Mit der Parole von der „Gerechten Ordnung“ haben sich die Islamisten als Interessenvertretung des „kleinen Mannes“ gebildet. Wegen des Fehlens einer linken Alternativen konnte sie vom Unmut über die soziale Krise profitieren.

Doch nach der Wahl hat die Refah schnell ihr Protestmandat abgelegt. Ihr Führer Erbakan war auf einmal für die Zollunion mit der Europäischen Union und die NATO-Mitgliedschaft der Türkei. Schon im Oktober hatte er vor der Istanbul Handelskammer den Unternehmern Unterstützung zugesagt: „Möchte ihr noch mehr Gewinne machen? Möchte ihr noch leichter Gewinne machen? Ich weiß, ihr möchtet. Ihr Unternehmer seid die größten Verteidiger der „Gerechten Ordnung“ (faz. 8. 1. 96).

In Istanbul und Ankara, wo die Refah die Bürgermeister stellt, hat sie sich bisher durch Massenentlassungen städtischer Beschäftigter und Privatisierung hervorgetan. Hohe Armeeoffiziere haben mehrfach mit einem Putsch gedroht, falls die Refah an die Regierung kommt, angeblich um die weltliche Grundlage der Türkischen Republik zu verteidigen. Das ist verlogen. Sie würden die Islamisten nur als Vorwand benutzen, der eigentliche Zweck eines Militärputsches wäre die Niederhaltung sozialer Unruhen im Zuge weiterer Kürzungspolitik auf dem Rücken der Arbeiterklasse.

Im Wahlkampf warnte die damalige Ministerpräsidentin Ciller vor der Islamisierung der Türkei. Doch von ihrem Regime wurden die Koran-Schulen stark finanziert, Islamisten im Staatsapparat begünstigt und blutige Ausschreitungen gegen die weltlich orientierten Aleviten staatlich gefördert. Auch die personalen Grenzen zwischen der Refah und den bürgerlichen Parteien sowie der faschistischen MHP um Hitler-Verhörer Türkeş sind fließend.

Solange die türkischen Kapitalisten auf den Krieg gegen die Kurden und massive politische Unterdrückung im Rest der Türkei setzen, um so-



Die islamistische Refah-Partei im Wahlkampf. Mit ihrer Parole von der „Gerechten Ordnung“ hat sie sich als Interessenvertretung des „kleinen Mannes“ gebildet.

ziale Unruhen einzudämmen, wird die Refah ihre Rolle spielen. Offen ist noch, ob sie hauptsächlich sozialen Protest nach rechts kanalisiert, als Speerspitze gegen die Arbeiterbewegung fungiert oder als Begründung für einen Putsch erhalten muß.

Massenstreiks

Trotz dieser Manöver ist die herrschende Klasse weit davon entfernt die Lage unter Kontrolle zu haben. Die Neuwahlen haben keine Stabilität gebracht, die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien ist keine strategische Raffinesse, sondern Ausdruck der Wackeligkeit der Türkei. DYP, ANAP und wahrscheinlich die sogenannte „Demokra-

tische Linkspartei“ von Bülent Ecevit werden eine Regierung bilden und die Refah rausfallen. Doch das wird zur weiteren Stärkung der Islamisten führen.

Im Herbst wurde die Koalitionsregierung aus Cillers DYP und der sozialdemokratischen CHP durch die Massenstreiks von 250 000 Arbeitern des öffentlichen Dienstes gestürzt. Dies war die größte Bewegung seit dem Militärputsch und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung 1980. Die Regierung wollte trotz 125 Prozent Inflation nur 5,4 Prozent Lohnerhöhungen gewähren.

Zusammen mit den Massenstreiks gegen das „Stabilisierungsprogramm“ im Herbst 1994 markieren diese Kämpfe das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in der Türkei.

Doch die Kämpfe der Arbeiterklasse fanden keinen Ausdruck bei den Wahlen. Gegner der Islamisten hatten keine Alternative. So gingen trotz Wahlpflicht 20 Prozent nicht zur Wahl oder machten die Stimmzettel unguiltig.

Die HADEP, eine linkes, kurdisch dominiertes Parteienbündnis, konnte nur in Kurdistan hohe Anteile erzielen, indem sie für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage eintrat. Landesebene kam sie nur auf 4,3 Prozent.

Wirtschaftlicher Niedergang

Der Lebensstandard der türkischen Arbeiter ist in den letzten Jahren massiv gesunken, allein 94 um 30 Prozent. Das Bruttoezialprodukt schrumpfte in dem Jahr um 8,6 Prozent. Die Armut hat massiv zugenommen.

Die Regierung bekommt ihre Stabilitätsprogramme vom IWF vorgeschrieben, um an neue Kredite zu kommen. Der IWF diktiert umfassende Privatisierung

und das Niedertreten der Löhne. Die Zollunion mit der Europäischen Union wird diese Entwicklung verschärfen, da sie die türkische Wirtschaft der stärkeren Konkurrenz mit Westeuropa aussetzt.

Dazu kommt der nicht gewinnbare Krieg in Kurdistan. Dieser Krieg frisst bis zu 50 Prozent des Staatshaushalts und verschärft die Inflation. 500 000 Soldaten sind im Einsatz, die Verluste der Armee steigen, ihre Kontrolle beschränkt sich immer mehr auf die Städte. Die Politik der „verbrannten Erde“, die Vernichtung von Tausenden Dörfern, treibt hunderttausende Menschen aus Kurdistan in die Elendsviertel der Großstädte, die Gecekondus. Dort verschärft sich die Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze.

Die Türkei wird nicht wieder zum Wirtschaftsaufschwung der Sechziger oder zur Friedhofstraße der Achtziger Jahre zurückfinden. Das Land ist ein der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette.

Das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung zeigt die Möglichkeiten der türkischen Arbeiterklasse im Kampf gegen die soziale Krise. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Kampfes kann die nationale und religiöse Spaltung überwunden werden.

Doch dazu muß aus den Kämpfen eine sozialistische Kraft entstehen, die bewußt die Gegenwehr organisiert und Alternativen aufzeigt. Wenn die Linke in der Türkei weiter so schwach bleibt wie bisher, werden die Fundamentalkräfte und Nationalisten die Unzufriedenheit aufgreifen.

Wenn es nicht gelingt, eine sozialistische Alternative aufzubauen, wird die Tendenz zu religiöser und nationalistischer Spaltung zunehmen, droht die stärkere „Balkanisierung“ des Landes.

Die FPÖ ist keineswegs gestoppt, sondern nur gebremst. Vor allem ältere und kleinbürgerliche Wähler gingen zur SPÖ zurück, aber Junge und Arbeiter wählen immer stärker Haiders Partei. Bereits 35 Prozent der Arbeiter wählen FPÖ, nur mehr 41 Prozent SPÖ.

Die ÖVP setzt trotz ihrer Wahlverluste die SPÖ unter Druck. Intern steigen die Spannungen zwischen den Flügeln, die mit der SPÖ oder der FPÖ koalieren wollen. Diese Spannungen können mittelfristig durchaus zur Spaltung der ÖVP führen.

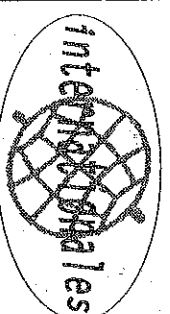
1995 gab es erste Proteste gegen die Sparmaßnahmen der Regierung: Betriebsversammlungen der Arbeiter, eine Großdemonstration und vor allem Demonstrationen und Streiks der Schüler. Diese Proteste haben teilweise zur Rücknahme und Abschwächung der Maßnahmen geführt. Heuer werden weitere Angriffe und auch weitere Proteste kommen. Für Sozialisten hat die Arbeit also gerade erst begonnen.

Staaterror

● In deutschen Medien kaum berichtet: In britischen Zeitungen erschienen Fotos, die türkische Soldaten zeigen die abgeschlagene Köpfe von vermeintlichen oder wirklichen PKK-Kämpfern als Trophäen präsentieren. Die Soldaten haben G-3-Ge-wehre der deutschen Firma Heckler & Koch in der Hand, die in der Türkei mit Lizenz produziert werden. Die Bilder wurden der Presseagentur DEM von einem Soldaten zugeschickt, der die Mörder als Soldaten der Berg-Kommando-Brigade in der Provinz Hakkari identifizierte.

● 1995 wurden 12 000 Menschen aus politischem Grund den Festgenommen, darunter 432 Journalisten. 213 ver schwanden in der Polizeihaft, 108 wurden zu Tode geföhrt oder erschossen.

● Der neueste Fall: Ein Journalist der linken Zeitung „Evrensel“, Mehmet Gökçepe, wurde am 8. Januar von der Polizei verschleppt und wenige Minuten später erschlagen aufgefunden. Die Polizei behauptet, seine Verletzungen führten von einem Sturz her. Die Untersuchung des Gerichtsmedizinischen Instituts ergab jedoch: Der ganze Körper sei von Schlagstöcken gezeichnet, Knüttelschläge auf den Kopf hätten zur Gehirnbildung und zum Tod geführt.



Generalstreik

gegen ANC?

In Südafrika schwelt ein Konflikt zwischen der ANC-Regierung und dem Gewerkschaftsverband COSATU über den Ausverkauf staatlicher Betriebe. Betroffen von Teilprivatisierung oder Verkauf sind die staatliche Fluggesellschaft SAA, die Telekom, die Bahn sowie Staatsbeteiligungen an Betrieben. Die Gewerkschaften sind strikt gegen die Privatisierungspläne und drohen mit landesweiten Streiks. Ein für den 16. Januar angekündigter Generalstreik wurde zunächst zugunsten von Verhandlungen abgesetzt. „Seit der ANC mehrheitlich regiert, läßt er das marxistische Vokabular links liegen und fährt einen marktwirtschaftlichen Kurs“, kommentierte die taz-Korrespondentin aus Südafrika.

Busfahrer siegen in Marseille

Anfang Januar ging der längste Streik in der Geschichte der Marsellier Verkehrsbetriebe zu Ende, ein Auslöser aus der großen Streikbewegung vom Dezember. Er richtete sich gegen ein „Doppelstatur“, nach dem seit 1993 neu eingestellte Fahrer schlechter bezahlt wurden. Bis zu 1000 Franc weniger bei zwei Stunden längerer Arbeitszeit mußten mittlerweile 300 der 1400 Fahrer in Kauf nehmen. Die Streikenden siegen trotz Einsatz von Streikbrechern und Polizeischlägern. Zum Schluß nahmen 90 Prozent der Beschäftigten an dem Ausstand teil, die Marsellier Bevölkerung blieb solidarisch und spendete für den Arbeitskampf.

Haider ausgebreitst - Sparpolitik geht weiter

Österreich nach den Neuwahlen

Das Jahr 1995 brachte grundlegende Veränderungen für Österreich. Der Bruch der Koalition zwischen Sozialdemokratie (SPÖ) und konservativen (ÖVP) hat den Niedergang der „Sozialpartnerschaft“ beschleunigt und zu wachsender Instabilität geführt. Obwohl es bei den Wahlen im Dezember 1995 zu einem Sieg der Sozialdemokraten kam, kann keineswegs von einer Trendwende gesprochen werden.

Sonja Grusch, Wien Vorwärts - Sozialistische Zeitung

Die letzte Regierung, die im Oktober 1994 gewählt wurde, hielt nicht einmal ein Jahr. Der offizielle Grund, waren verschiedene Konzepte bezüglich Haushaltskonsolidierung und Erreichen der Maastricht-Kriterien.

Tatsächlich war die SPÖ aber immer bereit, sich aktiv an Sozialabbau und Privatisierung zu beteiligen. Während der gesamten Zeit, in der die SPÖ

(mit)regierte, kam es zu Umverteilung von unten nach oben. 1995 waren nach einer offiziellen Studie in Österreich – einem der reichsten Länder der Welt – 20 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht.

Die ÖVP – jahrzehntelang führende bürgerliche Partei – steckt seit längerem in der Krise. Sie hoffte, durch die Wahlen stärkste Partei zu werden und vor allem den Abstand zu Haiders FPÖ zu vergrößern. Die FPÖ wird von immer mehr Unternehmen als ihre Vertreterung gesehen, da sie einen radikalen Kurs gegen Gewerkschaft und Arbeiter fährt, was nach Ansicht der Unemehrten in Zeiten kleinerer Verteilungsspielräume notwendiger wird. Die FPÖ verbindet ihre unternehmerfreundliche Politik mit rechtsextremem Populismus, der in Anbetracht der Krisen und Alternativlosigkeit der Linken auch bei Arbeitern verfangt.

Wahlergebnisse

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Lib
1994	34,92	27,67	22,50	7,31	5,97
1995	38,06	28,89	21,89	4,81	5,51

Die Wahl selbst führte zu einem unerwarteten Ergebnis. Die SPÖ konnte erstmals seit 1979 Stimmen und Mandate gewinnen, die FPÖ verlor erstmals seit 1984 verloren. Trendwende. Die SPÖ gewann gerade die Hälfte jener Wähler zurück, die sie 1984 verloren hatte. Und die überwiegende Mehrheit wählte sie mit einem einzigen Ziel: eine Koalition zwischen FPÖ und ÖVP zu ver-

hindern. Der pseudosoziale Wahlkampf der SPÖ hat niemanden überzeugt. Grüne und Liberale verloren, weil auch viele Kleinbürgerliche Wähler diese Koalition verhindern wollten. Die Grünen haben in diesem Wahl-

kampf endgültig ihr linkes Image abgelegt.

Große Koalition

Das vorrangige Ziel für SPÖ-Chef Vranitzky ist jetzt die Neuaufgabe der Großen Koalition. Finanzminister Klima erkläre, daß Sparmaßnahmen von 100 Milliarden Schilling anstehen, mehr als alle bisher umgesetzten Sparmaßnahmen zusammen. Gespart werden

soil bei den Beamten, Pensionisten, Studenten, Familien, Arbeitslosen, sozial Schwachen. Es wird also ein neues, noch viel härteres Sparpaket geben als das, worüber die Koalition gestolpert ist. Und Haiders Partei wird davon profitieren.

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 177 Februar 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM



Inhalt

Brandnacht von Lübeck	S. 5
Zur Privatisierung der Telekom	S. 2
Frankreich	S. 8
Ladenschluß	S. 3

Jetzt auch für Azubis

Bündnis für Azubis



Azubis sollen für weniger Geld mehr arbeiten - wenn sie überhaupt eine Lehrstelle bekommen

Lehrstellenlücke, die Fortsetzung: Nachdem 1995 die Unternehmen statt der zugesagten 600 000 Ausbildungsplätze nur 573 000 geschaffen haben, machen sie jetzt wieder Versprechungen. Doch diesmal wollen sie für die schönen Worte reichhaltige Gegenleistungen haben. Ihr „Bündnis für Ausbildung“ würde die Auszubildenden weitgehend zu billigen Hilfskräften machen.

Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, Köln

Für die ungeheure Anstrengung, daß

„die Verbände (...) verstärkt bei bisher nicht ausbildenden Betrieben für Lehrstellen weiben.“ (Hanns-Berhard Schleyer, Zentralverband des Deutschen Handwerks), sollen die Auszubildenden mit ihrem ohnehin knappen Geld und ihrer Zukunft zahlen.

Die Unternehmer verlangen:
● Einfrieren der Ausbildungsvergütungen für die nächsten Jahre
● Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, nach dem Azubis an vollen Berufsschulungen von der Arbeit freigestellt sind
● die Aufgabe des Anspruchs der Gewerkschaften, daß Ausbilder über-

nommen werden sollen

● Verzicht auf Umverteilungskonzepte wie die von der IG Metall geforderte Berufsbildungsabgabe
● verkürzte und schlechter bezahlte Ausbildungsgänge für „sozial Benachteiligte“ (nach Vorstellung der Unternehmer wahrscheinlich Hauptschüler und ausländische Jugendliche)
● Zusammengekommen sollen Azubis für weniger Geld mehr arbeiten, bei schlechterer Aussicht auf Übernahme. Zwischen „bessergestellten“ Azubis vom Gymnasium oder der Realschule, die weiterhin die volle Ausbildung machen, und „sozial Benachteiligten“

nicht unbegabt wollte Industrie-mechaniker werden.

Leider stellen die Großbetriebe nur wenige Lehrlinge ein, und dann auch nur Abiturienten. Aber durch das Benachteiligten-Programm vom Arbeitsamt hat es doch noch geklappt. 'Rafke & Co.' hat mich für eine zwei-jährige Lehre als 'Fachhilfskraft Metall' eingestellt.

Große Sprünge kann ich mit den 437 Mark im zweiten Lehrjahr natürlich nicht machen. Den Berufsschule ist arg stressig. Den Stoff vom letzten Schultag von vor zwei Wochen haste natürlich schon längst vergessen. Unser Lehrer meint, wir müßten mehr

am Wochenende lernen. Würd' ich ja gem, aber tagsüber penn' ich immer, schließlich ist Kellnern bis 4 Uhr morgens kein Zucker-schlecken.

Übernahme? Nix gib't's. Schließlich hat 'Rafke & Co.' den Preis der Kreishandwerk-schaft für die höchste Ausbildungsquote bekommen. Von 18 Leuten sind 8 Azubis, da sieht es mit der Übernahme mau aus. Und im nächsten Lehrjahr sollen noch mehr Lehrlinge kommen, das Arbeitsamt erhöht schließlich die Zuschüsse für das Benachteiligten-Programm. Aber ich hab' ja noch meinen Kellner-Job."

Azubi 2000?

„Wie meine Ausbildung ist? Ich kann nicht nicht beschweren. Hat zumindest der Chef gesagt. Traumjob? Nicht unbedingt. Aber was soll man machen als Hauptschüler, besser als nix. Haarschneider, besser als nix. Als an meiner Schule die volle Bezahlung von Kopfen, Büchern und die Heizkosten-Beteiligung eingeführt wurde, hat mein Aliter gesagt: 'Junge, den Luxus Gymnasium können mein Ar-beitlosengeld und Mutterns Verkäuferrinnen-lohn nicht finanzieren. Runter von der Schule und lern' was Anständiges.' Also Hauptschule fertig und fleißig Bewerbungen geschrieben. Handwerklich bin ich ja

wird gespalten.

Neue Ausbildungsplätze werden eher im Handwerk und in Kleinbetrieben geschaffen, wo Auszubildende schon jetzt oftmals als billige Arbeitskräfte schurfen. Mit der Aussicht auf einen späteren Arbeitsplatz hat diese „Ausbildung“ immer weniger zu tun. In der Industrie und im öffentlichen Dienst werden weiter Ausbildungsplätze abgebaut.

So schaffen sich die Unternehmer Billigarbeiter weit unter Tarif, die nach zwei, drei Jahren ohne Probleme „freigesetzt“ werden können. Das Reservoir für neue „Azubis“ ist unerschöpflich. Der Vorstoß der Unternehmer ist eher ein „Bündnis für Ausbeutung“. Darüber läßt sich nicht verhandeln. DGB-Jugend-Vertreter haben diesen Vorschlag rundweg abgelehnt. Aber werden DGB- und IGM-Spitze sich daran halten, wenn die Unternehmer ihre Vorschläge in die Kanzler-Runde bringen? Dafür müssen wir sorgen.

Unser Programm für Ausbildung

- ★ Nein zum Bündnis für Ausbeutung
- ★ Keine Kürzung der Berufsschulzeit
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jede/n
- ★ Garantierte Übernahme im erlernten Beruf
- ★ 1800 DM Ausbildungsvergütung, um ein eigenständiges Leben zu finanzieren
- ★ Eine umfassende und nicht auf einzelne Betriebe angelegte qualifizierte Berufsausbildung: Ausbildung unter demokratische Kontrolle von Azubis, Gewerkschaften und Staat
- ★ Finanzierung der gesamten Berufsausbildung durch die Unternehmer durch eine Ausbildungsabgabe
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle

Jugendstreiktag vorbereiten

Zusammen mit den massiven Kürzungen an Universtaten und Schulen zeigt das „Bündnis für Ausbildung“ wohl die Reise geht die Unternehmer haben kein Interesse an qualifiziertem Arbeiten und Lernen und zuunforderter Ausbildung. Dafür müssen wir selber kämpfen. Die SAV schlägt vor, die Proteste von Auszubildenden, SchülerInnen und Studierenden zusammenzuführen und einen bundesweiten Jugendstreik vorzubereiten, um die geplanten Verschlechterungen in allen Bereichen abzuwehren.

Ein Treffen mit Vertretern vom FZS (Freier Zusammenschluß der Studierenden) Schüler- und Studierendenvereinigungen aus Nordrhein-Westfalen fand bereits statt. Die Anwesenden stimmten zu einen Jugendstreiktag vorzubereiten. Jetzt muß der Aufruf zur Unterstützung des Jugendstreiks weit verbreitet werden. Wir fordern alle JAVen Schüler- und Studierenden-Vertretungen auf, dabei zu helfen. Vor allem die Gewerkschaftsjugend ist gefragt. Die Aktionen der IG Metall-Jugend für Übernahme Auszubildender gezeigt. Sie haben aber auch gezeigt, daß viele Azubis sich nicht viel von rein symbolischen Aktionen erhoffen. Um die geplanten Verschlechterungen abzuwehren und Ausbildung und Übernahme für alle durchzusetzen, muß der Kampf verstaht werden. Der Aufruf-Text kann bei der SAV-Bundeszentrale, Hansaring 4, 506670 Köln, Fax 022-71437280 bestellt werden.

